



medico international

# rund- schreiben 02/14

Guatemala: Frauen klagen Militärs an  
Textilindustrie: SOS aus Südasien  
Vorlesungsreihe: Umkämpfte Psyche

KOMMENTAR	4
BANGLADESCH/PAKISTAN	8
SYRIEN	12
GUATEMALA	18
PROJEKTE – PROJEKTIONEN	22
UMKÄMPFTE PSYCHE	24
PHILIPPINEN	29
ISRAEL/PALÄSTINA	32
BRASILIE	35
MEDICO AKTIV	38
MEDICO MATERIALLISTE	40
SERVICE/IMPRESSUM	42

# Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie dieses Heft durchblättern, werden Sie auf die handgezeichnete Mindmap des Psychologen Klaus Ottomeyer stoßen und sich vielleicht wundern, was das soll. Als ich den Vortrag von ihm im Rahmen der Ringvorlesung „Umkämpfte Psyche“ hörte, hatte ich mit Blick auf diese Zeichnung den Eindruck, ein wenig mehr von Zerrissenheit zu verstehen, der wir alle unterworfen sind. Die verunsicherte Ich-Identität mit den aufgerissenen Augen – darin kann man sich mitunter selbst wiederfinden. Die Ringvorlesung ist Teil einer intensiven Beschäftigung mit der inhaltlichen Ausrichtung von psychosozialer Arbeit, die medico vor zwei Jahren mit dem Stiftungssymposium „Das Unbehagen in der Globalisierung“ begonnen hat. Als Ergebnis dieses Nachdenkens bietet medico keine allseits gültige Methode zur Beseitigung psychischer Folgen von Traumatisierungen in allen Lebenslagen und an allen Orten an – auch wenn eine kurze schnelle Methode, die einsichtig klingt, womöglich zusätzliche Spenden brächte. Doch es geht uns nicht um gute PR, sondern um sinnvolle Unterstützung

der Partnerinnen und Partner, die wissen, dass die allseits angebotenen Hit-and-Run-Methoden mehr schaden als nutzen. Nicht nur darauf machte unsere südafrikanische Kollegin Mpumi Zondi in ihrer Vorlesung aufmerksam, sondern auch darauf, dass man sich seiner Ohnmacht unter den gegebenen Verhältnissen bewusst sein müsse.

So wie sie und ihre Kolleginnen und Kollegen, die mit extrem ausgegrenzten Menschen in Südafrika mit einer stabilen Präsenz arbeiten und jeden kleinen Erfolg zu feiern wissen, so musste auch die guatemaltekische Generalstaatsanwältin Paz y Paz lernen, mit Ohnmachtsgefühlen umzugehen. Unter ihrer Führung wurde dem Diktator Ríos Montt der Prozess gemacht, der zu seiner Verurteilung führte. Paz y Paz stieß damit eine Tür zur juristischen Verfolgung der Militärverbrechen auf. Doch dann wurde das Urteil gegen Montt wieder auf- und Paz y Paz ihres Amtes enthoben. Mutlos ist sie dennoch nicht, denn die Aufarbeitung der Vergangenheit bleibt auf der Tagesordnung. Aktuell wird die Klage guatemaltekischer Frauen verhandelt, die jahrelang von Militärs missbraucht wurden. Das ist unsere Titelgeschichte, die auch eine über die Möglichkeit des Widerstandes ist.

In der größten humanitären Katastrophe des 21. Jahrhunderts, dem Bürgerkrieg in Syrien, kann die Hilfe nicht einmal die schlimmsten Wunden notdürftig verbinden. Syrien ist eine Ohnmachtserfahrung, in der all die Versprechen von Schnelligkeit und Handlungsfähigkeit, die Hilfsorganisationen machen, ganz offenkundig versagen. Trotzdem oder gerade deshalb berichten wir in fast jedem Rundschreiben über Syrien. So auch in diesem – und das nicht nur, weil der Krieg auf eine alte Projektregion medicos im irakischen Kurdistan übergreifen hat. Unser Anliegen ist: Syrische Stimmen und damit die Menschen hinter den Zahlen der Katastrophe hörbar zu machen. Nur so können sich Empathie und Solidarität entwickeln, die die Opfer dieses Krieges so dringend benötigen. Die Geschichte über die Suche nach Muhammad Matar, der eigentlich nur tot sein kann, erzählt sein Bruder Amar in einer Sprache voller verzweifelter Poesie.

Wenn dieses Heft bei Ihnen ankommt, ist die Fußballweltmeisterschaft vorüber. Ein Taumel, der die Welt ablenkt, auch uns. Kolleginnen und Kollegen bildeten eine Tippgemeinschaft unter dem Stichwort „Vernunft“. Diese Vernunft spricht auch aus dem Interview mit dem brasilianischen Gründer des Weltsozialforums Chico Whitaker. Er ist ein alter, weiser Kämpfer und Vordenker in Sachen Demokratie und soziale Bewegungen. Er vertritt ein Brasilien, das wir mögen, mit und ohne WM-Titel.

Ihre Katja Maurer




Foto: Sandra Sebastian

**Scham und Mut. In Guatemala klagen Frauen gegen sexualisierte Folter unter der Militärdiktatur.**

# Terror der Rendite

Aus Menschenrechten  
werden Handelshemmnisse

# In dem europäischen Freihandelsabkommen mit den USA TTIP geht es um weit mehr als um Hormonfleisch und Chlorhühnchen

Von Thomas Gebauer

Dr. Margaret Chan, die Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation (WHO), weiß, wovon sie spricht: Ein besonders beunruhigender Trend sei, so Frau Chan zur Eröffnung der zurückliegenden Weltgesundheitsversammlung im Mai 2104, dass Regierungen über internationale Handels- und Investitionsabkommen „Handschellen“ angelegt werden, die sie in ihren politischen Handlungsmöglichkeiten einschränken. Es gehe in dieser Welt etwas auf fundamentale Weise daneben, wenn Unternehmen politische Maßnahmen anfechten können, die die Öffentlichkeit vor todbringenden Produkten schützen sollen.

Bekanntlich hat die Wirtschaft schon immer auf die Gestaltung von Politik Einfluss genommen. Doch das, was sich früher eher im Dunkeln ereignete, hat in den letzten Jahrzehnten den Anstrich von Seriosität bekommen. Politikbeeinflussung erledigen heute industrie-gesteuerte „wissenschaftliche“ Institute und „gemeinnützige“ Stiftungen, geschieht in Dialogrunden von Handelskammern und den Round Tables der Unternehmenslobbyisten. Unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich der Lobbyismus zu einer veritablen Branche mit beachtlichen Wachstumsraten entwickelt. Zu den Marktführern zählen die heute weltweit tätige Bertelsmann-Stiftung, der Zusammenschluss europäischer Industrieverbände Business Europe oder der Atlantic Council, eine Washingtoner Denkfabrik. Und wenn es

demnächst internationale Anwaltskanzleien sein sollten, die entscheiden, was Regierungen dürfen und was nicht, dann deshalb, weil besagte Stiftungen und Councils ihr Ziel – die Ermächtigung transnationaler Konzerne – durchsetzen konnten.

Die genannten Organisationen gehören zu den exklusiven „Stakeholders and Advisors“ des „Transatlantischen Wirtschaftsrats“ (TEC), aus dessen Feder die Vorlagen für die „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ (TTIP) stammen, über die heute zwischen der Europäischen Kommission und den USA verhandelt wird. Über die Verhandlungen selbst ist wenig zu erfahren. Transparenz: Fehlanzeige. Bekannt ist nur, dass es über 100 Dialogrunden mit Unternehmen gegeben haben soll, aber nur fünf mit Sozialverbänden und Gewerkschaften. TTIP – wie auch das parallel verhandelte europäisch-kanadische Freihandelsabkommen (CETA) – diene dem Wirtschaftswachstum und somit allen, behauptet die Kommission lapidar. Tatsächlich aber werden die beiden Freihandelsabkommen dafür sorgen, den Regierungen des größten Wirtschaftsraumes der Welt weitere „Handschellen“ anzulegen.

Ziel von TTIP ist die vollständige Liberalisierung der Märkte, der Schutz von Auslandsinvestitionen, die Zurückweisung staatlicher Regulierungsbemühungen, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und nicht zuletzt: die

Unumkehrbarkeit all dessen. Kernstück des Abkommens ist die Einführung einer eigenen Schiedsgerichtsbarkeit, einer Art parallelen „Schattenjustiz“, mit der sich das bestehende öffentliche und Verfassungsrecht der einzelnen Länder unterlaufen lässt.

Auf perfide Weise wird die Notwendigkeit von TTIP mit den Lücken begründet, die die Krisendynamik des Neoliberalismus in den staatlichen Etats geschlagen hat. Weil öffentliches Geld knapp und die Schuldenbremse inzwischen verpflichtend sei, müsse Daseinsfürsorge heute privat finanziert werden. Eine starke Wirtschaft sei nötig, weshalb alles, was das Wachstum beeinträchtigt, beseitigt werden müsse. Dazu gehörten staatliche Regulierungen, die in den Entwürfen „Nicht tarifäre Handelshemmnisse“ heißen und künftig offenbar selbst dann zu vermeiden sind, wenn sie dem Schutz der Grund- und Menschenrechte dienen.

Beispiel für ein solches Handelshemmnis ist die Krankenhausplanung, die aus guten Gründen öffentliche Aufgabe ist und in vielen Ländern mit entsprechenden Regulierungen einhergeht, etwa mit der Limitierung der Zahl der Krankenhausbetten. In einer solchen Deckelung, so gesundheitspolitisch sinnvoll sie auch ist, sehen Investoren eine Schmälerung ihrer Profitchancen; genauso wie in der kartellrechtlichen Privilegierung gesetzlicher Krankenkassen in Deutschland; dem in Schweden initiierten Verbot eines aggressiven, sich direkt an Kinder richtenden Marketing; dem Arbeitsrecht und all den in den letzten Jahren errungenen Umweltschutzaufgaben. Solche Regulierungen, die letztlich dem Schutz von Leib und Leben dienen, würden – falls TTIP in Kraft tritt – zu „Handelshemmnissen“ verkommen, die privaten Gewinnen im Weg stehen.

Unter solchen Umständen dürften sich viele Regierungen den Schutz ihrer Bevölkerungen

schlichtweg nicht mehr leisten können. Und zwar im Wortsinne. Denn mit den geplanten Abkommen sollen ausländische Investoren das Recht bekommen, Staaten auf Entschädigung für ausgefallene und sogar noch zu erwartende künftige Gewinne zu verklagen. Zuständig für solche Streitfälle zwischen Investoren und Staaten werden private Schiedsgerichte sein, in denen von den Parteien bestellte private Schiedsrichter entscheiden, ob Anspruch auf Entschädigung besteht – unter Ausschluss der Öffentlichkeit versteht sich und ohne Widerspruchsrecht. Dass die Industrie nicht zimperlich ist, wenn es um entgangene Profite geht, zeigt sich schon jetzt. Unter Nutzung der zahlreichen bereits bestehenden Handelsabkommen haben sich die Klagen von Investoren gegen Staaten zuletzt vervielfacht. Anlässe sind z.B. das Fracking-Moratorium in Kanada oder der deutsche Atomausstieg.

Mit TTIP und CETA droht nun der gesamte Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Amazon und Google drängen auf ein Ende der Buchpreisbindung; der französische Konzern Veolia, der schon Ägypten wegen Gewinnausfällen durch die Einführung eines Mindestlohns verklagt hat, rechnet sich neue Geschäfte über die Privatisierung der Wasserwirtschaft aus; weltweit tätige Hedgefonds verlangen ein Verbot der Deckelung von Mieten durch kommunale Mietpreisspiegel. Es sind nicht zuletzt europäische Konzerne, die lieber heute als morgen TTIP und CETA unterzeichnet sehen würden. Die Meinung, „böses“ amerikanisches Kapital bedrohte die deutsche Wirtschaft, mag im rechten Lager verfangen, ist aber blanker Unsinn.

Mit der Einengung der politischen Handlungsmöglichkeiten von Staaten sind erhebliche Konsequenzen auch für die Gesundheit der Menschen verbunden. Im eigenen Land wie in der Welt. Denn TTIP wird auch die Blau-

pause für weitere Freihandelsabkommen mit Entwicklungs- und Schwellenländern liefern. Schon jetzt befürchten Gesundheitsaktivisten im Süden, dass der Zugang zu generischen Arzneimitteln als Alternative zu den überbeurteilten Markenpräparaten erschwert wird. Negative Konsequenzen auch für die Ernährungssouveränität: Weil die Schiedsgerichte in Ackerflächen und Land kein soziales, sondern ein rein kommerzielles Gut sehen, wird es kaum noch Möglichkeiten geben, dem „Land grabbing“ durch ausländische Investoren politisch zu begegnen. Angesichts dessen, was mit TTIP und CETA droht, mutet die in den Medien geführte Debatte um Chlorhühnchen wie ein Ablenkungsmanöver an. Es geht um weit mehr als um einzelne lebensmittelrechtliche Bestimmungen. Es geht um die Frage, ob Staaten künftig ihrer Verpflichtung zum Schutz und der Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte überhaupt noch nachkommen können.

In vielen Ländern genießen die Menschenrechte Verfassungsrang. Wie groß der politische Handlungsspielraum sein darf und sein muss, klären dort Verfassungen, und fraglos zählen die politischen und sozialen Rechte der Menschen zu jenen gesellschaftlichen Übereinkünften, die ohne Regulierung partikularer Interessen nicht zu gewährleisten sind. Mit TTIP und CETA werden solche Regulierungen erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Handlungen von privaten Akteuren, die den Grundsätzen der Menschenrechte zuwiderlaufen, können zwar weiterhin eingeschränkt und verboten werden, aber auf absurde Weise nur noch unter der Maßgabe der Entschädigung für Gewinnausfälle. Damit erhalten Kapitaleigner so etwas wie ein „Super-Recht“: ein Recht auf Rendite, das alle anderen Rechte überstrahlt. Tritt TTIP in Kraft, werden es nicht mehr Verfassungen sein, an denen sich Politik ausrichtet, sondern ein privatisiertes Recht, über das Anwaltskanzleien hinter verschlossenen Türen verhandeln.

Auf der zurückliegenden Genfer Weltgesundheitsversammlung wurde auch über mögliche gesundheitsbezogene Ziele einer Post-2015 Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda debattiert. Einigkeit herrschte, dass solche Ziele ohne Regulierung nicht umzusetzen sein würden. Die aus aller Welt zusammengekommenen Gesundheitspolitiker und -aktivisten verlangten genau das, was ihnen die Freihandelsabkommen nehmen werden: den Raum, um politisch handeln zu können.

**Das Bündnis „TTIP – unfairhandelbar“ plant eine Europäische Bürgerinitiative gegen die Freihandelsabkommen. Mehr dazu auf Seite 39.**

**Was denken Sie über das anvisierte „größte Handelsabkommen der Welt“, wo sehen Sie die größten Gefahren, wo auch Chancen? Diskutieren Sie mit im medico-Blog unter [www.medico.de/ttip](http://www.medico.de/ttip)**



# SOS aus Südasien

## medico-Partner berichten über die Situation der Textilarbeiter in Pakistan und Bangladesch

Die Zeitungsmeldung war zugleich bizarr und überzeugend. In einer gerade gekauften Jeans der Marke „Primark“ fand eine Frau aus Belfast einen Zettel mit asiatischen Schriftzeichen. Sie ließ sich den Zettel übersetzen. „Wir müssen arbeiten wie die Ochsen“, stand dort, „doch das Essen, das man uns vorsetzt, ist selbst für Tiere ungenießbar.“ Der Schreiber sei Insasse eines Gefängnisses in China und müsse dort Jeans für Primark nähen. Die Frau aus Belfast war nicht die Einzige. „Bis zur Erschöpfung zur Arbeit gezwungen“, stand auf einem Zettel, den eine andere Frau eingenäht fand; „erniedrigende Bedingungen in einem Ausbeuterbetrieb“, las eine dritte Primark-Kundin. Sie ging per Twitter an die Öffentlichkeit, Primark reagierte sofort, versprach Aufklärung. Die prompte Reaktion ist leicht zu verstehen. Wie viele andere Firmen ließ auch Primark bei Rana Plaza fertigen, der Fabrik in Dhaka/Bangladesch, bei deren Zusammensturz über 1.000 Menschen den Tod fanden. Die Alarmrufe schienen zu belegen, dass Primark einfach so weitermacht.

Wenige Tage später flog die Aktion auf. Die Zettel stammten von unbekanntem Aktivisten, die sie vermutlich erst im Primark-Laden in die Kleidungsstücke eingelegt hatten. Nur ein Trick? Nicht ganz. Nein, Primark-Jeans werden nicht in chinesischen Gefängnissen produziert. Doch die Arbeiterinnen und Arbeiter, die unsere Jeans und T-Shirts nähen, arbeiten wirklich wie die Ochsen, tun das wirklich bis zur Erschöpfung,

werden wirklich zutiefst erniedrigt. Auf Rechnung von Primark, von K&K, von H&M und Benetton. Das ist kein Trick, das ist die bittere Wahrheit. Die unbekanntem Aktivisten haben uns das lediglich noch einmal ins Gedächtnis gerufen.

So fand der erste Jahrestag des Zusammensturzes des Rana Plaza in den Medien weltweit Beachtung. Nicht ausgemacht ist, ob dies für die beiden anderen Jahrestage gelten wird, die 2014 zu begehen sind. Am 11. September jährt sich zum zweiten Mal der Brand bei Ali Textiles in Karatschi/Pakistan, bei dem 300 Menschen starben. Wenig später, am 24. November, jährt sich der Brand bei Tazreen Fashion in Dhaka/Bangladesch, der über 100 Arbeiterinnen und Arbeiter das Leben kostete.

Shilpi Rani kann wieder gehen

Der älteste bangladeschische medico-Partner, die Gesundheitsorganisation Gonoshastaya Kendra (GK), hat sein Hauptquartier in Savar, dem Ort, an dem das Rana Plaza stand. Einsatzteams von GK waren damals gleich zur Stelle, arbeiteten 24 Stunden durch, bargen noch Tage später Tote und Überlebende. Heute kümmert sich GK mit Unterstützung von medico um die medizinische Nachsorge von Überlebenden und führt dazu „medical camps“ durch. „Wir fahren zu den Leuten, beraten und behandeln direkt vor Ort“, schreibt uns Dr. Ar-



Wenn nur noch die Erinnerung bleibt. Angehörige der Opfer des Einsturzes der Rana-Plaza-Fabrik zeigen die Bilder ihrer Liebsten.

man, der GK-Koordinator. „Bei den kleinen Camps versorgen wir rund dreißig, bei den großen bis zu 600 Patientinnen und Patienten. Fünfzig Schwerstverletzte haben wir in unser Hospital nach Dhaka gebracht.“

Zu ihnen gehört Shilpi Rani. Sie ist 17 Jahre alt, wurde erst Tage nach dem Einsturz aus den Trümmern geborgen, ihr linker Arm und ihr rechtes Bein unter schweren Maschinen eingeklemmt. Der Arm wurde amputiert, der Amputation des Beines verweigerte sie sich. „Ich bin in den letzten Monaten so oft operiert worden“, sagt sie medico-Projektkoordinatoren bei einem Besuch im Mai 2014, „heute bekomme ich zweimal täglich Physiotherapie, kann endlich ohne Krücke laufen und lerne, meinen verbliebenen Arm wieder zu gebrauchen.“

Shilpi Rani geht es besser als vielen anderen. Die Kapazitäten der Krankenhäuser sind begrenzt, die Folgebehandlungen für die Überlebenden unbezahlbar. Viele haben Gliedmaßen verloren, nicht alle eine Prothese erhalten, viele müssen mit Verkrüppelungen und Versteifungen weiterleben, werden nie wieder arbeiten können.

#### Verhandlungen stagnieren

Der zweite medico-Partner in Bangladesch, die National Garment Workers Federation (NGWF), nimmt als Gewerkschaft an den Entschädigungsverhandlungen teil. Ihr Verhandlungsführer Amin informierte uns gerade von einem Überfall auf ein Büro der NGWF, bei dem der

örtliche Sekretär entführt und misshandelt sowie die Kartei mit den Mitgliedslisten des Gewerkschaftsbezirks gestohlen wurde. Drei Tage später wurden in fünf benachbarten Textilfabriken 150 NGWF-Mitglieder entlassen. Die Gewerkschaft fordert ihre Wiedereinstellung. „Wer wissen will, warum nur ein Prozent der Textilarbeiter gewerkschaftlich organisiert sind: nun, das ist die Antwort“, sagt Amin. „Unsere Schwäche ist den internationalen Unternehmen bekannt, das bestimmt ihre Verhandlungsführung. Sie halten uns hin, entziehen sich der Verantwortung, bieten gar keine oder viel zu niedrige Entschädigung. Und wir? Wir müssen weiter um Gespräche betteln, können nicht einfach aussteigen: wie sollten wir erklären, dass wir die Verhandlungen abgebrochen haben?“

Um die Stärkung der Verhandlungsposition der Betroffenen geht es auch dem dritten medico-Partner in Bangladesch, der Research Initiative for Social Equity (RISE). Die kleine NGO wurde von jungen Aktivist\*innen aus Mittelklassefamilien gegründet, die mit dem Elend der Textilarbeiter erst über die Tragödien der letzten zwei Jahre in Kontakt kamen. Seither haben sie Hunderte von Gesprächen geführt, von Angesicht zu Angesicht und per Telefon, haben so eine vollständige Liste der Opfer zusammenstellen können. Zusammen mit den Betroffenen suchen sie nach neuen Wegen der Selbstorganisation, haben an der Gründung einer „Women's Front“ mitgewirkt, mit der die Arbeiterinnen jetzt für sich selbst sprechen können: im Alltag der Fabriken wie in den Verhandlungen mit den verantwortlichen Unternehmen. „Wenn wir gewusst hätten, was auf uns zukommt, hätten wir vielleicht gar nicht erst angefangen“, sagt Sahaly, Gründerin von RISE. „Jetzt ist es für solche Überlegungen zu spät, wir wissen, was wir noch auf Jahre zu tun haben werden.“

## Hinhalten in Pakistan

Die Verhandlungen mit den internationalen Auftraggebern bilden aktuell auch den Schwerpunkt der Arbeit der medico-Partner in Pakistan, der National Trade Union Federation (NTUF) und des Pakistan Institute for Labour Education and Research (PILER). Karamat Ali, Geschäftsführer von PILER, ist ein international anerkannter Sprecher der pakistanischen Zivilgesellschaft, ein linker Intellektueller, der schon seit Jahrzehnten an der Seite der Gewerkschaftsbewegung arbeitet. „Wir werden genauso hingehalten wie unsere Kollegen in Bangladesch, mit denselben Tricks und Manövern“, sagt uns Karamat. Allerdings gibt es einen entscheidenden Unterschied zwischen der Rana-Plaza- und der Ali-Textiles-Tragödie. Die Fabrik in Karatschi hatte nur einen einzigen Auftraggeber: „Alles, was hier geschehen ist, geschah auf Rechnung des deutschen Textildiscounters KiK, es gibt niemanden, hinter dem KiK sich verstecken könnte.“ Weil das so ist, kommt dem zweiten Jahrestag des „Industrial 9/11“ eine besondere Bedeutung zu: „Am 11. September 2014 ziehen wir Bilanz“, sagt Karamat, „wir brauchen dann die ganze Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit.“

Thomas Seibert

**Vor der Einsturzstelle der Textilfabrik in Rana Plaza haben Angehörige ein 1,50 m hohes Denkmal errichtet, auf dessen Sockel steht: „Ruht in Frieden. Unsere Erinnerungen bergen Milliarden Tränen. Wir werden nicht vergessen.“ Wider das Vergessen richtet sich nicht nur die Arbeit unserer Partner, sondern auch unsere Öffentlichkeitsarbeit mit der Kampagne „untragbar“, die öffentlichen Druck aufrecht erhalten will, um wenigstens Entschädigung durchzusetzen.**

**Spendenstichwörter:  
Pakistan oder Bangladesch.**

# medico-Kampagne

## #untragbar

Was können wir tun, damit die Schufterei, die tagtäglich für uns in den Textilfabriken Südasiens passiert, tatsächlich untragbar wird? Wir brauchen eine handelnde Öffentlichkeit, damit die internationalen Textilketten nicht einfach weitermachen. Die Fabrik als Todesfalle, die fehlende Opferentschädigung, der Lohn an der Armutsgrenze – all das muss aufhören.

Wir alle sind die Öffentlichkeit. Wenn wir kaufen, aber vor allem wenn wir nicht kaufen und einfach NEIN sagen. Die medico-Partner in Pakistan und Bangladesch stehen an der Seite der erschöpften Nähmaschinenmenschen, die um ihr Recht – und um ihr Weiterleben kämpfen. Stellen wir uns zu ihnen. Setzen wir das Zeichen, individuell und zusammen: #untragbar!



Kampagnenmaterial:  
Plakat, Flyer und eine  
pffrige Sprühschablone,  
mit der Sie ihren eigenen  
Punkt setzen können.  
Kostenlos bestellen unter  
[www.medico.de/material](http://www.medico.de/material)

# Eine Leich Zeugnis ab

Foto: Raqqa Media Center

Die Fahne der Hoffnung. Als die syrische Armee sich im Herbst 2012 aus Rakka zurückzog, waren die Menschen noch erleichtert: Keine Luftangriffe und kein Artilleriebeschuss wie anderswo.

# e legt

**Syrien: Von der Freiheit in die Hölle.** Die Stadt Rakka liegt am mittleren Euphrat im Osten des Landes. Rakka blieb zu Anfang des syrischen Aufstandes ruhig, während die Einwohnerzahl durch Flüchtlingsströme von 240.000 auf eine Million anwuchs. Es gab Absprachen zwischen lokalen Stammesführern und dem Assad-Regime, was es der syrischen Armee ermöglichte, dort mit wenig Aufwand für Stabilität zu sorgen. Ende Februar 2013 wurde Rakka jedoch zur ersten Provinzhauptstadt, welche den Rebellen in die Hände fiel. Aber die Freiheit währte nur kurz. Im Frühjahr 2013 übernahm die salafistische Miliz „Islamischer Staat im Irak und in [Groß-]Syrien“ [ISIS] die Macht und setzte eine religiöse Ordnung durch. Seitdem ist Rakka die größte Stadt der islamischen Welt unter dschihadistischer Kontrolle und gleicht einem Ort aus Dantes Höllenkreisen.

Im August 2013 explodierte im syrischen Rakka eine Autobombe. Muhammad Matar wird seitdem vermisst. Eine bange Suche nach ihm beginnt

### Von Amer Matar

Eine einzige Leiche lag noch dort. Niemand konnte sie erreichen. Die Gruppe »Islamischer Staat im Irak und in Syrien« [ISIS] verbot Ambulanzfahrzeugen, den Ort zu befahren, an dem das mit Sprengstoff beladene Fahrzeug explodiert war. Zwei Gruppierungen – der erwähnte »Islamische Staat im Irak und in Syrien« und eine Brigade namens »Die Enkel des Propheten« – kämpften um die Herrschaft über die Stadt. Eine einzige Leiche lag noch dort. Wenn es nicht die Leiche meines Bruders wäre, dann wäre es die des Bruders eines anderen. Mein Bruder, der 1993 geborene Muhammad Nur Matar, ist ein Medienaktivist aus Rakka. Er arbeitet mit der Organisation »Al-Schari – Die Straße für Medien und Entwicklung« zusammen und war unter anderem an der Realisierung des Kurzfilms »Hier schlug der Alptraum ein« beteiligt. Es ist ein Film über den Niedergang einer Scud-Rakete in Rakka und die Suche der Menschen nach den Opfern.

Meine Mutter wartete auf eine Nachricht von ihrem jüngsten Sohn, der das Haus verlassen hatte, um den Kampf zwischen den beiden Gruppierungen zu filmen. Doch er kehrte nicht zurück. Sie trat auf den Balkon hinaus und begann zu weinen, auf dass Gott ihre Trauer sehen und ihren Sohn retten möge. »O Herr!«, betete sie mit lauter Stimme und bot Gott ihre Tränen dar. Einen Hinweis über die dort noch immer liegende Leiche erhielten wir indes nicht. Nur die verbrannten Reste seiner Kamera fand das Team der Ambulanz. Wir fühlten uns in unserer

Überzeugung bestätigt, dass der dort liegende Körper mit den abgetrennten Gliedmaßen Muhammad Nurs Leiche war ... Eine einzige Leiche mit noch immer unbekannter Identität reichte aus, uns weinen und glauben zu lassen, dass mein Bruder uns für immer verlassen hatte. Als ISIS im Morgengrauen gestattete, die Leiche von der Straße zu bergen, und wir feststellten, dass es sich nicht um meinen Bruder handelte, wurde alles anders. Nun hieß es, die Kühlräume der Krankenhäuser aufsuchen und die kalten metallenen Schubladen herausziehen, in denen die Toten auf jene warteten, die sie identifizieren würden ... Auch dort fanden wir ihn nicht. Und noch immer blickte meine Mutter hinauf zu Gott in der Hoffnung, dass auch er sie sehen möge.

Nachdem wir erfolglos die Kühlräume abgesehen hatten, erfuhren wir, dass noch immer einige Leichenteile am Ort der Explosion lagen. Im Kalifatsstaat sterben die Menschen nicht im Ganzen, ihre Einzelteile werden nicht in nur einem Grab bestattet, und der Geruch ihrer Leichen steigt nicht nur von einem Kühlraum auf. Da meine Mutter sich nicht dazu in der Lage sah, nach Fingern zu suchen, die sie vielleicht erkennen würde, oder nach einer Leiche, die sein Karohemd trug, machte sich meine Tante auf den Weg. Sie fand zwar keinen Hinweis auf meinen Bruder, aber der Geruch des Blutes, das von den Leichenteilen rann, klebte ihr an den Fingern und in den Lungen ... Selbst das Atmen fällt schwer im Kalifatsstaat, und nach

jeder Autobombe ist es unbedingt erforderlich, sich die Nägel zu schneiden.

Nichts als die tote Kamera hatten wir gefunden. Ist es eigentlich im Kalifatsstaat erlaubt, auch Apparate in der Erde zu bestatten? Auf Deiner Erde – mögest Du gepriesen sein – darf der Muslim jedenfalls den Muslim töten, und der Weg zu Dir, lieber Gott, ist dank der sprengstoffbeladenen Autos äußerst kurz. Innerhalb eines Tages erhielten wir etliche widersprüchliche Hinweise. Einmal hieß es, mein Bruder sei zerfetzt worden, ein anderes Mal, ISIS habe ihn verhaftet, weil er sich bei den Feinden Gottes, der Brigade »Die Enkel des Propheten«, aufgehalten habe, vor deren Stützpunkt neben dem Bahnhof von Rakka ISIS eine Autobombe gezündet hatte.

Der Konflikt zwischen den »Enkeln des Propheten« und ISIS hatte einige Monate zuvor begonnen, weil beide ihre Herrschaft über die Stadt sowie deren landwirtschaftliche Erzeugnisse, ihre Handelsgüter und die Ölquellen anstrebten. Auf diesen bewaffneten Konflikt konnte die Bevölkerung nur mit Demonstrationen reagieren und fordern, dass die Kämpfe eingestellt würden oder die Gruppen die Stadt verließen. Doch die Demonstranten wurden von ISIS beschossen. Auf einer der anderen Demonstrationen in der Stadt am Tag der Autobombe wurde ISIS aufgefordert, das Team der Ambulanz die Leichen bergen zu lassen. Doch auch diesmal reagierte die Gruppierung mit Beschuss aus Gewehren und RPG-Granatwerfern.

Seitdem gab es keine einzige Demonstration mehr in der Stadt. Zu groß ist die Angst, entführt und getötet zu werden. Nachdem sogar Pater Paolo (ein in Syrien lebender italienischer Jesuit, der die Protestbewegung öffentlich unterstützt hatte, Anm.) und einige ausländische Journalisten verschwunden und zahlreiche

Zivilisten und Militärs entführt worden waren, verglichen einige Aktivisten ihre Stadt bereits mit dem Bermuda-Dreieck.

Der »Islamische Staat in Irak und Syrien« kontrolliert inzwischen alles. Sie haben ihre schwarze Flagge auf dem Fahnenmast der Stadt gehisst und erneut die Decke der Angst über die Herzen der Menschen gebreitet. Manch einer fürchtet sich nun bereits wieder vor der Benutzung des Telefons und vor den Nachbarn.

Mein Bruder Muhammad Nur, den wir seit der Explosion vor einigen Tagen vermissen, war Mitte Juli 2013 schon einmal von ISIS verhaftet worden, weil er sich während des Protests einer Frau gegen die Verhaftung ihres Ehemannes mit seiner Kamera vor deren Stützpunkt aufgehalten hatte. Sie sperrten ihn ein und ließen uns wissen, er sei verhaftet worden, weil er die Gebetsregeln nicht korrekt beherrsche! Als er einige Tage später wieder frei kam, hatte er, was die Folter und den Umgang mit den Gefangenen betrifft, die gleichen Erfahrungen gemacht wie jene, die die Gefängnisse des syrischen Geheimdienstes von innen gesehen hatten.

Heute hört man in Rakka Worte der Reue. Selbst Aktivisten beklagen die Auswirkungen der Revolution auf die Stadt, die sich zu Beginn des Jahres 2013 vom Assad-Regime befreit hat. Doch sowohl die oppositionelle syrische Koalition wie auch alle anderen, von denen die Menschen in Rakka sich Unterstützung bei der Organisation ihres Alltags erwartet hatten, haben die Stadt im Stich gelassen. Worte, in denen solch ein Tadel mitschwingt, schmerzen sehr, besonders wenn sie von der eigenen Familie ausgesprochen werden, die einen früher mit dem Satz »Alles für die Freiheit« ermutigt hatte. Heute Morgen weckte uns die Stimme meiner Mutter, in der das Entsetzen über die Nachrichten aus den Kühlräumen mitschwang. Es war

bekannt geworden, dass neue Leichen im Nationalkrankenhaus von Rakka eingetroffen sind. Also machten wir uns wieder auf den Weg, wie wir uns jeden Morgen aufmachen zu unserer Reise zu den Kühlräumen aufgrund von zahlreichen widersprüchlichen und verlogenen Informationen.

Aus dem Arabischen von Larissa Bender.

*PS: Später erfuhr die Familie, dass Muhammad Nur Matar nicht bei der Explosion umgekommen, sondern erneut von ISIS verhaftet worden war. Ein freigekommener Mitgefangener hatte die Nachricht überbracht. Bis heute aber fehlt jeder gesicherte Hinweis über seinen Aufenthaltsort und seinen Gesundheitszustand.*



Foto: Larissa Bender

**Amer Matar (geb.1986) arbeitete zu Beginn der syrischen Proteste für arabische Fernsehsender. Nach mehreren Verhaftungen floh er nach Deutschland und ist seit 2012 Stipendiat des hiesigen PEN-Zentrums. Dieser Text erscheint demnächst in dem editionfaust-Buch: „Innenansichten aus Syrien“ (siehe S. 47)**

## Stand der Dinge

Syrien/Irak: medico weitet die Nothilfe aus und trifft auf die eigene Geschichte in Kurdistan

**Im Irak:** Germian an der irakisch-iranischen Grenze ist ein historischer Ort jenes Leidens, das den alten Irak unter Saddam Hussein so schrecklich machte. In der kurdischen Region Germian fanden die antikurdischen Anfal-Operationen der 1980er Jahre statt, hier wurden unzählige Dörfer zerstört, Zehntausende Männer verschleppt und ermordet. Nach dem kurdischen Aufstand 1991 lag Germian außerhalb der damaligen von den USA garantierten Flugverbotszone in unmittelbarer Nähe zu den irakischen Truppen. Im Sommer 1991 begann medico mit Projekten zur Nothilfe und des re-

gionalen Wiederaufbaus. Dörfer wurden wieder bewohnbar, die durch Landminen zweier Golfkriege verseuchten Äcker, Obst- und Weingärten, Viehweiden und Berge begehbar gemacht. Später überführten wir unsere Arbeit vollständig in lokale kurdische Strukturen. Germian ist noch immer eher abgeschieden und arm, aber der Ort, der früher mit Tod und Folter verknüpft war, ist heute ein Platz des Schutzes für andere, die dem aktuellen Schrecken im Zentralirak entfliehen konnten. Seit dem Vormarsch der dschihadistisch-salafistischen ISIS-Gruppe aus Syrien, die im Verbund mit alt-baathisti-

schen und sunnitischen Milizen die Großstadt Mosul und weite Teile der irakischen Provinz Anbar eroberte, flohen Hunderttausende vor den Kämpfen in die sicheren kurdischen Gebiete des Iraks. Etwa 10.000 kamen auch in die Region Germian, unter ihnen schiitisch-kurdische, aber auch arabische Familien. Und weil in jenen alten Frontstellungen, aus denen früher die irakische Armee die kurdischen Peshmergas bedrohten, heute die Kampfverbände der ISIS sitzen, kann die Region auch aus Bagdad nicht mehr versorgt werden. Gemeinsam mit unserem Partner Haukari leistet medico jetzt Nothilfe für diese neuen innerirakischen Kriegsflüchtlinge. In Germian wird es im Sommer bis zu 50 Grad heiß. Es braucht daher vor allem Wasser, Kühlung, aber auch Unterkünfte und Nahrungsmittel. Wie lange die Unglücklichen bleiben, ist völlig offen – so offen wie derzeit die Zukunft des Iraks überhaupt scheint.

**In Syrien:** Auch jene Orte, wo medico in Syrien solidarische Nothilfe leistet, sind vom Terror der ISIS-Milizen betroffen. Denn besonders die kurdischen Gebiete stehen unter dem Feuer der Islamisten, die in der dortigen multiethnischen und multikonfessionellen Bevölkerung in erster Linie „Nicht-Araber“ und „Ungläubige“ sehen. Vor wenigen Tagen erreichte uns die Meldung von lokalen Kontakten, dass die ersten schweren Waffen am Rande der kurdischen Gebiete auftauchten, die die ISIS-Kämpfer zuvor im irakischen Mosul erbeutet hatten – darunter von den USA an den Irak gelieferte gepanzerte Fahrzeuge, aber auch Panzer und mobile Raketenabschussrampen. medico bereitet in diesen Tagen dennoch eine weitere medizinische Nothilfe in die kurdischen Enklaven vor. Angesichts der fortwährenden Blockade durch die Türkei, die es noch immer verhindert, dass dringend benötigte Waren die kurdisch-syrischen Gebiete entlang der Grenze erreichen, ist diese medico-Hilfe notwendiger denn je.

Und wie ist die Situation ansonsten? Keinesfalls besser als in den kurdischen Gebieten, oder gar in Aleppo, sondern weiterhin nur erschütternd. Nur ein Beispiel aus unserer täglichen Arbeit. Seit Wochen prüft medico, wie Gesundheitsstationen im Umland der umkämpften südsyrischen Stadt Daraa an der jordanischen Grenze unterstützt werden können, dort wo im Frühjahr 2011 die friedlichen Proteste gegen das Regime von Baschar al-Assad ihren Ausgang nahmen. Das lokale medizinische Komitee schlug uns zwei Ortschaften vor. Das Dorf Taseel mit 20.000 Einwohnern und die weitaus kleinere Ansiedlung Thaibeh mit nur 4.000 Bewohnern. Da unsere Spendenmittel nur für eine Projektmaßnahme ausreichen, wollten wir in dem größeren Ort beginnen. Das lokale Komitee aber wählte das kleinere Dorf. Warum? Wir fragten zurück. Die deprimierende Antwort am 26. Juni per Email: „In den letzten Tagen hat die Armee die Stadt Taseel durch massive Angriffe mit russischen Boden-Boden-SCUD-Raketen entvölkert. Fast alle Bewohner sind geflohen.“ Alltag in Syrien im Sommer 2014.

Martin Glasenapp

**Nein zu religiösem Terror und autoritärer Gewalt: Unterstützen sie unsere Nothilfe für die irakischen Kriegsflüchtlinge, die im kurdischen Nordirak Zuflucht gefunden haben. Ob in den kurdischen Gebieten in Syrien, ob im Großraum Damaskus oder zukünftig in Daraa: Leisten Sie mit ihrer Spende einen solidarischen Beistand für die syrische Zivilgesellschaft. Es geht ums Überleben, aber auch um die Werte, für die alles begann: Freiheit, Demokratie und Würde.**

**Spendenstichwörter:  
Kurdistan oder Syrien.**

# Anonymas aus Guate- mala



Fotos: Sandra Sebastian

Im Gegensatz zu „Anonyma – eine Frau in Berlin“, der namenlosen literarischen Anklage gegen Vergewaltigung 1945 in Berlin, klagen die Qeqchi Frauen mit ihrem Namen gegen die Peiniger, doch die Gesichter bleiben verhüllt.

## Zum ersten Mal wagen 15 Frauen eine Klage gegen Militärs wegen jahrelangem sexuellen Missbrauch. Der Fall Sepur Zarca

Guatemala-Stadt, 23. Juni 2014, vor dem Gerichtshof für Fälle hohen Risikos beginnt die öffentliche Anhörung im Fall Sepur Zarco. 15 Qeqchi-Frauen haben Klage eingereicht gegen jene Militärs, die ihnen vor 30 Jahren massive physische und sexuelle Gewalt angetan haben. Sie alle stammen aus der Region um die Kleinstadt Panzos, im Süden der Provinz Alta Verapaz, wo 1978 das erste große Massaker des Militärs gegen die ländliche, indigene Bevölkerung stattfand. Damals wie heute ging es um die Landfrage, die unrechtmäßige Aneignung riesiger Ländereien durch die guatemalteki-sche Oligarchie sowie internationale Investoren und damit verbunden um die Zerstörung der Lebensgrundlagen der dort ansässigen Qeqchis. Im Dienste der Großgrundbesitzer schlug das Militär 1978 einen friedlichen Protest blutig nieder. Damit begann eine „Politik der verbrannten Erde“, die in einen „Mord als Regierungsprogramm“ mündete. In diesem Rahmen wurden soziale Aktivistinnen unter dem Vorwand, sie seien Aufständische, gezielt ermordet. Unzählige Menschen „verschwanden“, auch ihre Dörfer wurden in den 1980er Jahren dem Erdboden gleichgemacht. Kein Ort der potenziellen Dissidenz sollte bleiben.

In der Nähe des Dorfes Sepur Zarca wurde im Zuge dieser Operationen auf dem Landbesitz eines der Großgrundbesitzer ein Militärlager errichtet. Dorthin wurden 1982 zwanzig Frauen verschleppt, deren Männer zuvor „verschwunden“ waren. Ein halbes Jahr lang wurden die Frauen dort als Sex-Sklavinnen gefoltert. „Es

war an diesem Ort, an dem die Soldaten meine Ehe zerstörten“, flüstert eine der Überlebenden in ihrer Muttersprache Qeqchi in die Gerichtsmikrophone. Eine andere sagt: „Das Militär verbrannte all unser Hab und Gut. Wir hatten nichts, wohin wir zurückkehren konnten. Als wir nach einem halben Jahr in dem Lager nicht mehr Dienst leisten mussten, zwang man uns, die Soldaten weiter mit Lebensmitteln zu versorgen, ihnen Tortillas zuzubereiten und ihre Uniformen zu waschen. Das ging sechs Jahre lang so.“ Die Soldaten hätten ihnen gesagt: „Da eure Ehemänner nicht mehr da sind, gibt es niemanden, der für euch sprechen kann. Ihr müsst schweigen.“

Heute schwören sie mit erhobener Hand, vor Gericht die Wahrheit zu sagen, und berichten über das Grauen, das ihnen angetan wurde. Seit Jahren werden die Frauen vom medico-Partner ECAP psychologisch betreut und begleitet. Es dauerte lange, bis die Frauen über ihre schrecklichen Erlebnisse reden konnten. Denn es blieb nicht bei der sexuellen Ausbeutung der Frauen durch verrohte Soldaten, auch anschließend wurden die Opfer in ihren Gemeinschaften stigmatisiert und ausgegrenzt. Sie schwiegen aus Scham und konnten Jahrzehnte mit niemand über das sprechen, was ihnen widerfahren war.

Jetzt aber haben 15 Frauen den Mut gebracht und Anklage gegen ihre Peiniger erhoben. Eine erste öffentliche Anhörung vor Gericht hat stattgefunden. Dabei kam erstmals



Scham und erlittene Ausgrenzung. Die Klägerinnen wollen in der Öffentlichkeit anonym bleiben



Übersetzung des Unausprechlichen: Die Opfer berichten in Qeqchi, einer Maya-Sprache.

die besondere Bestialität der patriarchalen und rassistischen Gewalt der Ära Ríos Montt öffentlich zur Sprache. Zuvor hatten zivilgesellschaftliche Organisationen die Anklage vorbereitet, die juristische Vertretung und soziale Begleitung der Frauen übernommen. Darüber hinaus führten sie in der Region und in dortigen Militärstützpunkten Exhumierungen durch – und fanden in den Massengräbern auch einige der damals vom Militär ermordeten Ehemänner. Seit unter dem Präsidenten Pérez Molina systematisch Richter und Staatsanwälte, die juristische Aufarbeitung der Kriegsverbrechen betreiben, in ihrer Arbeit behindert und versetzt werden, könnte dieser Prozess in der guatemaltekischen Öffentlichkeit für neues Aufsehen sorgen.

Dieter Müller

Der medico-Partner Equipo de Estudios Comunitarios y Acción Psicosocial, kurz ECAP, arbeitet seit Jahrzehnten in den vom damaligen Morden betroffenen Gemeinden der Maya-Bevölkerung. Die ECAP-Aktivistinnen stehen den betroffenen Frauen bei, begleiten sie vor Gericht und helfen ihnen, mit den furchtbaren Geistern der Vergangenheit leben zu können. Es geht aber auch um gesellschaftliche Anerkennung des Leids, um Wiedergutmachung – und um eine Verurteilung der Täter.

Spendenstichwort: Guatemala.

# Mutige Staatsanwältin

Guatemala: Claudia Paz y Paz versus Ríos Montt



Foto: Privat

Bis Mai 2014 war Claudia Paz y Paz Generalstaatsanwältin Guatemalas. Unter ihr kam es zur Verurteilung des Diktators Ríos Montt. Dass ihre Amtszeit widerrechtlich um sechs Monate gekürzt wurde, lässt sich also durchaus so deuten, dass die rechte Regierung unter dem Ex-Militär Pérez Molina eine unliebsame Staatsanwältin loswerden wollte. Doch Claudia Paz y Paz ist trotz all dieser Ereignisse positiv gestimmt, was die Rechtssituation in Guatemala anbetrifft. Auf einem Treffen in Berlin im Juli 2014, das die Heinrich-Böll-Stiftung organisierte, verwies sie vor allem auf die Erfolge, die sie mit ihrem Team erzielen konnte: die Straflosigkeit konnte von 95 auf 70% gesenkt werden; die Mordrate ist gesunken; mächtige Familien des organisierten Verbrechens, die sich bislang ihrer Unantastbarkeit sicher sein konnten, wurden strafrechtlich verfolgt; wichtige Posten innerhalb der Polizei sind neu besetzt, nachdem die Generalstaatsanwaltschaft einflussreiche

Persönlichkeiten der Polizei angeklagt hatte; es wurden in verschiedenen Regionen Staatsanwaltschaften für Frauen eingerichtet; im Justizsystem arbeitet heute eine neue Generation von Anwältinnen und Anwälten an zentralen Stellen, die ihren Berufsethos ernst nehmen. Auch die Staatsanwaltschaft für Menschenrechte bleibt weiterhin mit guten Anwälten besetzt.

Für den wichtigsten Erfolg hält sie allerdings, dass der lähmende Mythos, in Guatemala sei Rechtsstaatlichkeit aufgrund des korrupten Staats- und Gerichtswesens und der geringen Ressourcen nicht durchsetzbar, aufgebrochen werden konnte. Dieser Defätismus diene immer wieder als Legitimierung staatlicher Säuberungsaktionen zur Verbrechensbekämpfung, die eher populistisch seien, als einem rechtsstaatlichen Verfahren zu entsprechen.

Die demokratischen Kräfte in Guatemala hätten sich, so die ehemalige Staatsanwältin, seit dem Friedensschluss in den 1990er Jahren dank der internationalen Unterstützung nie alleine gefühlt und auch im Prozess gegen Ríos Montt sei sowohl die Begleitung der Zeuginnen und Zeugen als auch die Anwesenheit von Boten im Gerichtssaal entscheidend gewesen. Obwohl es mehrere, zum Teil sehr heftige Diffamierungskampagnen gegen ausländische Vertreter gab, sei diese Aufmerksamkeit sehr wichtig gewesen und dürfe auf keinen Fall nachlassen.

Monika Hufnagel

# Projekte Projektionen

## Ganz unten

Haiti: Gesundheitsaufklärung in der Misere

„Die Welt ist nicht schlecht, sondern voll“, hat der Dramatiker Heiner Müller einmal bemerkt und meinte nicht die Überbevölkerung, sondern dass es keine freien Plätze in der kapitalisierten Welt gäbe, in der doch jeder auf dem anderen sitzt: der Stärkere auf dem Schwächeren. Haiti ist nicht nur „voll“, sondern auch noch ganz unten. Es erlebte zwar eine erfolgreiche Sklavenrevolution, aber ist noch immer das ärmste Land der westlichen Hemisphäre. Denn alle haben auf Haiti gegessen: Spanier, Franzosen, Amerikaner, eigene Kleptokraten und seit dem Erdbeben 2010 das Geschäft der großen Hilfe. Das Beben zertrümmerte nicht nur die städtische Infrastruktur, sondern auch das kümmerliche Gesundheitssystem. Weiterhin haben sicher 40% der Bevölkerung keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung. Dagegen



Foto: medico

versucht der haitianische medico-Partner „Service Oecuménique d'Entraide“ (SOE) zu wirken. Seine lokalen Gesundheitsangebote in der Region Artibonite, nördlich von Port-au-Prince, verbessern mit bescheidenen Mitteln den Alltag: HIV/Aids-Aufklärung, TBC-Prophylaxe, Choleraprävention, Zahnmedizin, Mutter-Kind-Gesundheit. Dazu: Kurse für Gemüseanbau und Förderung des ländlichen Kreditwesens. Unlängst konnte die bereits gebaute Gesundheitsstation endlich erweitert werden. „Haitianische Erschütterungen“ heißt ein 30-minütiger Film, den medico über seine Erfahrungen ganz unten gerade fertigstellt. Achten Sie auf die Ankündigung nach dem Sommer auf [www.medico.de](http://www.medico.de)

**Spendenstichwort: Haiti.**

## Gute Hilfe

Südafrika: Weiterbildung von Gemeindearbeiterinnen

Wie kann gute Gesundheitsversorgung aussehen, die auch die Helfer nicht krank macht? In Südafrika steht Gesundheit zwar in der Verfassung, aber kranke Arme sind nicht nur mehrheitlich schwarz, sondern oft auch Opfer von Gewaltverhältnissen. Das auch Kranke in den Townships, den alten inneren Armutskolonien der Apartheid, versorgt werden, dafür stehen die Community Care Workers (CCW) ein. Die über 70.000 Gemeindegesundheitsarbeiterinnen helfen in der häuslichen Pflege von Chronisch- und Schwerkranken (v.a. HIV/Aids und Tuberkulose) und im erweiterten Feld der sozialen Reproduktion (Erziehung, Betreuung von Waisen, Beratung für Gewaltopfer). Dabei sind sie oft kaum ausgebildet, werden

schlecht oder gar nicht bezahlt und arbeiten unter prekären Bedingungen, die sie selbst extrem belasten und krank machen. Staatlich geregelte Rahmenbedingungen gibt es bisher kaum, in Debatten über entsprechende Reformen haben sie keine Stimme. medico versucht nun, ein neues Projekt vorzubereiten, das die Selbstorganisation der Gesundheitsarbeiterinnen unterstützt. Gemeinsam mit fünf südafrikanischen Partnern – dem Gesundheitsnetzwerk People's Health Movement, der Menschenrechtsanwälte Section 27, der Gemeinwesenorganisation SINANI, der Bildungseinrichtung Khanya College und der psychosozialen Beratungsstelle Sophiatown CPS – sollen die CCW-Aktivistinnen weitergebildet, beraten und in ihrer Organisation unterstützt werden.

**Spendenstichwort: Südafrika.**

## Am Ende

Mali: Rettung von Migrantenfamilien aus der Wüste

Die in Mali aktive ARACEM ist die Selbsthilfe abgewiesener nichtmalischer Migranten aus zentralafrikanischen Ländern. Alle wurden Opfer des europäischen Migrationsregimes, dessen Sperrriegel sich bis in den Sahel zieht. Subsaharische Flüchtlinge sollen bereits vor der Mittelmeerküste blockiert werden. Nicht wenige werden wie Stückgut am Rande der Wüste abgeworfen – mittellos und ohne Papiere für die demütigende Rückkehr ins Herkunftsland. Der jüngste Krieg im Norden Malis verschärft die Lage. In der Wüstenstadt Gao saßen mehr als 100 dieser Unglücklichen fest, unter ihnen viele Frauen und Kinder. Die ARACEM konnte jetzt mit medico-Hilfe den Schutzlosen Busti-

ckets in die Hauptstadt Bamako finanzieren. Unterstützung erhielt sie auch vom medico-Partner AME, der Selbsthilfegruppe der malischen Abgeschobenen. Als Staatsbürger können sie öffentlich für die Rechte derer streiten, die offiziell „Fremde“ sind. Aber die AME protestiert auch in Europa gegen die europäische Flüchtlingspolitik. Im deutschen Bundestag sprach Alassane Dicko von der AME unlängst im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als tatsächliche Sachverständiger. Für ihn ist Bewegungsfreiheit ein unveräußerliches Recht, aber erst Integration ermöglicht die freie Wahl der eigenen Zukunft. So laute ein malische Sprichwort: „Migration bedeutet, vom ersten Tag an seine Rückkehr vorzubereiten.“

**Spendenstichwort: Migration.**

# Zwischen Widerstand und Anpassung

Umkämpfte Psyche: Die Frankfurter Vorlesungsreihe beschäftigte sich mit den Folgen des globalen Neoliberalismus auf die Subjektivität

Acht Montagabende, mitten im WM-Fußballfieber, und ein bedrängendes Thema – die umkämpfte Psyche. Nein, sie war kein Risiko, diese Ringvorlesung an der Frankfurter Goethe-Universität. Der Saal war immer voll, manchmal wurde sogar in weitere Räume übertragen. Denn das Thema betrifft viele auf unmittelbare Weise und ungeachtet kultureller Kontexte. „Die interdisziplinäre Kooperation“, so hieß es in der Ankündigung, „eröffnet die Räume für eine politische Debatte“ – und es kamen Studentinnen und Studenten, beginnende Praktiker, erfahrene Therapeutinnen und Therapeuten, Hochschullehrer. Die Veranstaltungsreihe, die medico international, das Sigmund-Freud-Institut und das Institut für Soziologie der Frankfurter Universität gemeinsam durchführten, stieß auch deshalb auf so großes Interesse, weil, wie Sabine Flick von der Uni Frankfurt vermerkte, die analytische Sozialpsychologie selbst in Frankfurt mit ihrer Tradition der kritischen Theorie ein umkämpftes Feld sei.

Auf Sichtweite fahren

Natürlich wirft eine solche Reihe zuallererst die Frage auf, von welcher Psyche und von

welchem psychischen Leid im Kapitalismus hier und heute die Rede ist. Der emeritierte Klagenfurter Psychologieprofessor Klaus Ottomeyer und der stellvertretende Leiter des Sigmund-Freud-Instituts, Rolf Haubl, ebenfalls mittlerweile emeritierter Professor, widmeten sich diesem Thema. Ottomeyer, der vor fast 200 Zuhörern einen hilfreichen Exkurs in die marxistische Kapitalismus-Analyse unternahm, veranschaulichte in seiner handgezeichneten Mindmap (siehe nächste Doppelseite) die Psyche äußerst plastisch. Eine verschreckte Ich-Identität, ausgestattet mit einem großen Fragezeichen, versuche ihre auseinanderfliegenden Teilwelten der Konsumtions-, Produktions- und Zirkulationssphäre miteinander zu verknüpfen. Die Ich-Identität sei bestrebt, die verschiedenen Sphären zu integrieren, in denen jeweils „ganz unterschiedliche psychische Anforderungen gestellt werden“. Psychologen im Gesundheitswesen würden vom „Sense of Coherence“ sprechen, den man im Sinne der psychischen Gesundheit fördern müsse. Sie, so Ottomeyer, kämen allerdings nicht auf den Gedanken zu fragen, wie der Kapitalismus diesen unterlaufe. Denn die Teilwelten seien zunehmend weniger integrierbar. Die angebotenen Mittel würden die zentrifugalen Kräfte eher

noch beschleunigen. An Ottomeyers Vortrag beeindruckte, dass er bei aller pessimistischen Analyse nicht zur Hoffnungslosigkeit neigte. Glück und (psychische) Gesundheit seien durchaus noch erreichbare Kategorien für uns verzweifelte Individuen. Es gehe immer wieder darum, eine kluge Balance zwischen Anpassung und Widerstand zu entwickeln. Ottomeyer machte in den Teilwelten von Produktion und Konsumtion sehr wohl soziale Beziehungen aus, die Kooperationen statt Konkurrenz beförderten. Dem stünden allerdings die großen Pseudosubjekte entgegen, das „scheue Kapital“, der stumme Zwang der kapitalistischen Verhältnisse, die Märkte, die die Menschen zu Objekten machen. Sein Vorschlag: „Immer auf Sichtweite zu fahren“ und sich nicht zu verschulden, um der Verkehrung der Subjekt-Objekt-Beziehung zu entgehen, ist gut, aber nur für Menschen mit Normalarbeitsverhältnissen und bezahlbaren Mietwohnungen. Für andere in den ärmeren Ländern des Südens ist die Verschuldung wegen Krankheit oder Ausbildung oft die Voraussetzung zum Leben und keine Frage der eigenen Entscheidung.

### Neoliberaler Sozialcharakter

Dem fügte der Psychoanalytiker Rolf Haubl mit seiner Beschreibung des „neoliberalen Sozialcharakters“ eine Prise Schärfe hinzu. Die düster-nüchterne Berechnung von Haubl ließ wenig Optimismus aufkommen. Auf 10 bis 15 Prozent der hiesigen Bevölkerung würde diese Beschreibung zutreffen, das entspräche dem Sinus-Milieu der „Modern Performer“. Meist handele es sich dabei um Entscheidungsträger, die vorzugsweise in Banken und Medien arbeiteten. Damit seien sie an Orten tätig, die Vorbilder setzten und so einen Trickle-Down-Effekt in die Gesellschaft bewirkten. Für den neoliberalen Sozialcharakter sei das Leben ein Projekt, Erfolg messe sich am Er-

gebnis und am Besitzstand, es herrsche allenthalben ein Zwang vor, sich hohe Ziele zu setzen. Es gibt, so Haubl, „die Selbstverpflichtung, marktfähige Kompetenzprofile zu entwickeln, anzubieten und zu evaluieren“. Das Leben bestehe aus dem Heute, nicht aus dem Morgen. Man erlebe immer mehr Patienten, die fürs System fit gemacht werden wollten. Daraus speist sich seine Sozialcharakterologie: „Die leitenden moralischen Gefühle gehen von Schuld- auf Schamgefühle über; die Angst, sich schuldig zu machen, nimmt ab, die Angst, sich wegen persönlichen Versagens schämen zu müssen, nimmt zu.“ Für viele im Saal, auch für die medico-Mitarbeiter, hallte dieser Satz nach. Wenn die innerpsychischen Strukturen sich derart verändern, wenn die neoliberale Hegemonie sich so der Psyche bemächtigt – woher soll dann noch gesellschaftliches Engagement und Verantwortung für mehr als sich selbst kommen?

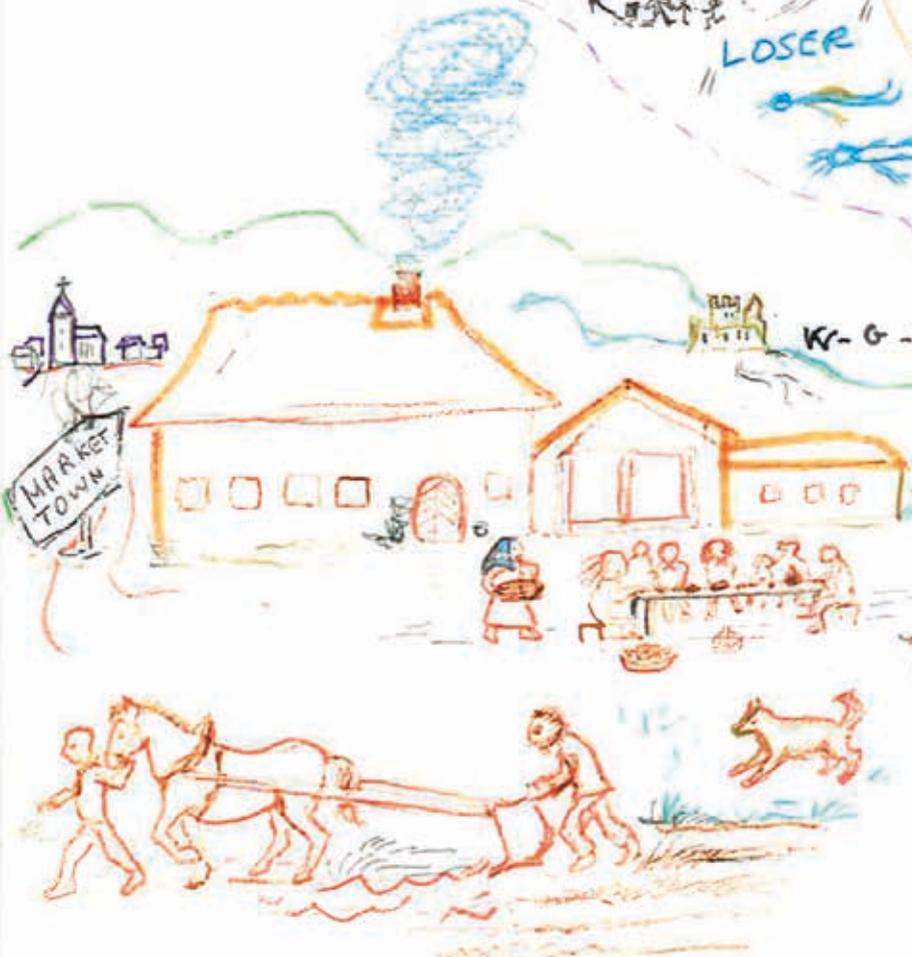
### Trauma als Krankheit

Zu all dem kommt die schleichende Verwandlung des Gesundheitswesens in einen Gesundheitsmarkt hinzu. Diese Logik steuert, das wurde in vielen Beiträgen deutlich, auch den sich entwickelnden globalen Markt an Therapiemodellen und Psychopharmaka, denn mit der neoliberalen Globalisierung werden auch die marktförmigen Konzepte von Psyche und psychischer Gesundheit als allgemeingültig betrachtet. Eines davon ist das Konzept der Posttraumatischen Belastungsstörung, das sich als Diagnose universalisiert hat. David Becker, Direktor des Büros für psychosoziale Prozesse (OPSI), kam in seiner Einführung darauf zurück. Er wies darauf hin, dass es mittlerweile eine medizinische Diskussion „jenseits von sozialer Realität und Kontext“ gäbe. Trauma sei eine

OTTOMEYER:  
 SOZIALES VERHALTEN  
 IM KAPITALISMUS  
 MIND MAP 2014



Verführer  
 Ware



K-G-W

G-W

AUFSPALTUNG

Tendenzielle Einheit von  
 Produktion, Distribution  
 und Konsumtion

" KOPFTUCHGESELLSCHAFTEN "



- KONTRAKTION DER FAMILIE (PRIVATISIERUNG)
- KURZFRISTIGE REPRODUKTION DER ARBEIT UND
- KOMPENSATIONSZWANG
- HARMONISIERUNG
- ÜBERFORDERUNG
- ROMANTISIERUNG
- FEHLEN BEDEUT. ORIENTE.
- AMBIVALENZ DER KINDER  
(ZUM KOSTEN NACHW. UND SINNEBEREIT)
- Auflösung d. Patriarchats
- Verhandlungsfamilie auf Zeit

## Fortsetzung von Seite 25 &gt;

Krankheit mit Symptomen geworden, die behandelt werden könne und damit „Teil des wissenschaftlichen und humanitären Geschäfts“ geworden sei. Positionen des Südens jedoch spielten in der westlich dominierten Debatte überhaupt keine Rolle.

Die Südafrikanerin Mpumi Zondi, Sozialarbeiterin und Therapeutin, erfüllte Beckers Hoffnung, die Stimme des Südens hörbar zu machen. Und wie! Die klinische Direktorin des „Sophiatown Community Psychological Services“ kritisierte mit klaren Worten die gängigen westlichen Traumakonzeppte und die entsprechenden Therapie-modelle. „Diese sind für uns überhaupt nicht sinnvoll.“ Wie soll auch ein Traumabegriff funktionieren, der von einem Ereignis, von einem plötzlichen Gewalteinbruch in ein normales stabiles Leben ausgeht? „Trauma ist für unsere Patienten eine emotionale Erfahrung und eine Wirklichkeit, die Bestandteil ihres Lebens ist, solange sie denken können.“ All die gängigen methodischen Handreichungen im Traumadis-kurs seien hier fehl am Platz. Wo das Leben aus Abnormalität besteht, würde die Idee, „ihre Geschichte wieder zu erzählen“, nicht funktionieren. „Rückkehr zur Sicherheit – das gibt es bei unseren Klienten nicht.“ Wenn sie sagten, „mir geht es gut“, bedeute das, „ich bin am Leben“.

## Resiliente Gemeinschaft

Wie aber entwickeln sich politische Prozesse, in denen Ursachen sozialer Marginalisierung wieder thematisierbar werden? Diesbezüglich sorgte der Vortrag des israelischen Psychologen José Brunner für extreme Ernüchterung. Seiner These nach ist in den USA, aber auch in Israel im Zuge des „Krieges gegen den Terror“ der alte Gesellschaftsvertrag aufgekündigt worden. Die Regierung garantiere nicht mehr für die Sicherheit der Bürger und auch nicht dafür, dass

im Fall einer Katastrophe Formen von Heilung und Rehabilitation geboten würden. Stattdessen entwickle sich eine neoliberale Idee von Gemeinschaft, die sich stärken müsse, um im Fall von Gewalt oder anderer Katastrophen gut darauf vorbereitet zu sein, sich schnell wieder zu normalisieren. All das fasse man unter dem Begriff Resilienz zusammen. „Der neoliberale Diskurs glaubt nicht mehr an Gesellschaft und daran, dass die Regierung in Notfällen wirklich helfen kann“, so Brunner. Und so verändere sich der Nationen-Begriff. In den USA spreche man bereits von der „Nation resilienter Gemeinschaften“. Schon das war unheimlich genug. Und die Verewigung des status quo, die der Resilienzdiskurs mitbetreibt, durchdringt bereits die neusten Hilfsdebatten. Eine Fachtagung von Hilfsorganisationen unter dem Titel „Trauma und Resilienz“ findet dieser Tage in Berlin statt. Vorausschauend hat sich das Hilfsbusiness den neuen Trend schon zu eigen gemacht.

Katja Maurer

Alle Vorträge und auch die nachfolgenden Debatten können Sie im Internet nachverfolgen unter: [www.medico.de/ringvorlesung](http://www.medico.de/ringvorlesung)

**Die psychosoziale Arbeit von medico international unterstützt nicht nur Partner und Projekte, sondern setzt auch auf ein dezidiert politisches Praxisverständnis. Einen guten Überblick gibt ein neuer medico-Flyer, der sich für die Repolitisierung der psychosozialen Arbeit einsetzt. Bestellen Sie den Flyer [siehe Seite 40] und verteilen Sie ihn an Bekannte und Verwandte. Ihre Spende ist nötig, denn die psychosozialen Projekte von medico bewegen sich beharrlich jenseits des oben beschriebenen Mainstreams.**

**Spendenstichwort: Psychosozial.**

# Ein Ende des Elends ist nicht geplant

Philippinen: Der Wiederaufbau nach Yolanda als neoliberales Modellprojekt. Ein Interview mit dem Wissenschaftler Jose Enrique Africa



Foto: Jon Bustamante

**IBON als Mitglied des philippinischen Netzwerks AidWatch beobachtet die Hilfe und den Wiederaufbau nach Taifun Yolanda sehr genau. In einem aktuellen Bericht wird davor gewarnt, dass der Wiederaufbau mehr schadet als hilft. Warum?**

Sechs Wochen nach den Verwüstungen durch Yolanda stellte die philippinische Regierung ihren strategischen Plan zur Wiederaufbauhilfe nach Yolanda (RAY) vor. Das Dokument wurde von der nationalen Wirtschaftsplanungsagentur unter Mithilfe der Weltbank, der asiatischen Entwicklungsbank und der australischen Botschaft entwickelt. Der Plan ist auch als „Build Back Better“ bekannt. Aber wenn er so umgesetzt wird, dann wird es ein Wiederaufbau zum Schlechteren sein. Der fatalste Fehler ist, dass er zwar die weitverbreitete Armut unter den Opfern des Taifuns in den betroffenen Regionen anerkennt, die grundlegenden Ursachen dafür allerdings völlig ignoriert. Sein Ansatz orientiert sich an den wirtschaftlichen Interessen der Elite und lässt Armut und Marginalisierung als Resultat struktureller Ungleichheit unberücksichtigt. Der angekündigte Wiederaufbau könnte also bestenfalls den Status quo ante wiederherstellen. Der offizielle Ansatz will nicht die sozialen und wirtschaftlichen Ent-

Jose Enrique Africa ist Geschäftsführer der IBON Foundation. IBON ist eine unabhängige Forschungs- und Entwicklungsorganisation in Quezon City auf den Philippinen. Seit 1978 erforscht IBON schwerpunktmäßig sozio-ökonomische Fragestellungen, welche die philippinische Gesellschaft bewegen. Mehr Infos unter [www.ibon.org](http://www.ibon.org)

wicklungschancen in der Region verbessern, sondern die Bevölkerung in ihrem Elend besser auf den nächsten Taifun oder anderen Naturkatastrophen vorbereiten und widerstandsfähiger machen. Ein Ende des Elends ist aber nicht geplant. Und es könnte sogar noch schlimmer kommen, denn das Wiederaufbauprogramm ist von Grund auf parteiisch – und zwar für Großunternehmen. Der neoliberale Ansatz spielt die Aufgabe des Staates, Schutz und Stärkung des Gemeinwohls, herunter – bei gleichzeitiger Überbetonung von Unternehmenseffizienz und deren humanitärer Absichten. Das Programm begünstigt Unternehmen gemäß finanzieller Schlagkraft und politischen Einflusses. Wenn alles so umgesetzt wird wie geplant, werden Unternehmen auf die nationale wie auch auf lokale Regierungen einen noch größeren Einfluss haben. Die Idee der humanitären Hilfe wird als Deckmantel zur Fortführung struktureller Ungleichheiten missbraucht.

### **Wie profitieren die Unternehmen konkret von den Hilfgeldern?**

Der RAY-Plan zum Beispiel sieht die Regierung und die lokalen Verwaltungen lediglich in der Rolle der „Ermöglicher und Moderatoren“. Der Privatsektor hingegen soll gestärkt werden, indem bei großen Investitionen öffentlich-privat Partnerschaften (PPP) durchgeführt werden. Vereinfachte Verwaltungsprozesse für Unternehmen, neue Geschäftszugänge durch die „Adoption“ von ganzen Städten und großzügige Beschaffungsvereinbarungen mit Unternehmen sind geplant. Und das mit Geldern, die u.a. vom IWF und der Weltbank als Nothilfe zur Verfügung gestellt wurden. Die öffentlichen Erklärungen des präsidentialen Assistenten für Wiederaufbau (PARR) sind ebenfalls aufschlussreich. Der so genannte Wiederaufbau-Zar redet Klartext: Die Regierung solle sich zugunsten der Privatwirtschaft zurückziehen. Die Rolle des Staates bestehe lediglich darin, die Lücken zu füllen und die privaten Sponsoren zu koordi-

nieren, damit sie sich nicht überschneiden. Der „Zar“ erklärte, dass 171 betroffene Städte und Gemeinde in 24 Cluster aufgeteilt wurden, damit sie dann von Großkonzernen als „Entwicklungspaten“ adoptiert werden können. Im Mai 2014 gab es bereits neun Paten in 16 von 24 Gebieten. Zusätzlich haben zehn Unternehmen „sektorale Patenschaften“ in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wohnungsbau übernommen. Diese Konzerne gruppieren sich um zehn bis fünfzehn Oligarchen, die die philippinische Wirtschaft dominieren. Diese Firmenkonglomerate sind allesamt bekannt für die Zerschlagung von Gewerkschaften, Lohndrückerei, repressive Arbeitsbedingungen, Landraub, Zwangsräumungen von informellen Siedlungen, Monopolpreise auf Wasser und Strom, Plünderung von Bodenschätzen und Privatisierung des Gesundheitswesens. Lokale Basisorganisationen befürchten Vertreibungen. In der neuen Hochwasserschutzzone darf zwar nicht mehr gewohnt werden, aber die Errichtung von Betrieben und Touristen-Resorts ist nicht verboten. Bauern haben Angst, dass nun seit langem abwesende Großgrundbesitzer ihr Land zurückfordern. Die Zerstörung des Liegenschaftskatasters ist außerdem eine Chance, gefälschte Landtitel an den Meistbietenden zu verkaufen. Das sind alles Situationen, die Reiche und Mächtige ausnutzen können und die Arme benachteiligen.

### **Hat man nichts aus den Erfahrungen nach dem Tsunami im indischen Ozean oder dem Erdbeben in Haiti gelernt?**

Diese Frage setzt voraus, dass die großen Player wie die neoliberale Weltbank, der IWF und die großen internationalen NGOs daran interessiert wären, Lehren aus den Erfahrungen zu ziehen und eine fortschrittliche und entwicklungsorientierte Perspektive einzunehmen. Das scheint mir nicht der Fall zu sein. Auch internationale NGOs richten oft genug Schaden an. In vielen von der Katastrophe getroffenen Ge-

bieten gibt es langjährige Bemühungen, soziale Bewegungen und Basisorganisationen von Bauern und städtischen Armen aufzubauen. Diese wurden nun durch den plötzlichen Ansturm von wohltätigen Hilfsorganisationen und Dienstleistungs-NGOs regelrecht überrollt. Der Zwang, die Hilfe möglichst schnell und sichtbar umzusetzen, führte zeitweise zu einem Überangebot von Hilfsgütern. Wir haben beispielsweise Berichte von zwei großen NGOs, die um Begünstigte für ihre jeweiligen Cash-for-Work-Programme konkurrierten, was zu einem Bieterwettkampf um den höheren Tageslohn geführt hat. Diese Almosenvergabe rund um die NGOs und ihre lokalen Subunternehmer ignoriert das angesammelte Sozialkapital der Betroffenen und wirft die Gemeindeorganisation und Politisierungsprozesse um Jahre zurück. In der Tendenz werden soziale Bewegungen untergraben und letztlich durch das neoliberale Modell der organisierten Zivilgesellschaft als willfähiger Partner oder Dienstleister des Staates und der Wirtschaft ersetzt.

### **Warum arbeiten die internationalen Hilfsinstitutionen und die Regierung nicht mit den örtlichen Basisorganisationen zusammen?**

Es fehlt der Wille, mit diesen Gruppen der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten. Präsident Benigno Aquino beispielsweise verunglimpfte öffentlich „People Surge“, die am besten organisierte Gruppe von Taifun-Betroffenen. Wer es sich leisten könne, vor dem Präsidentenpalast zu demonstrieren, könne wohl nicht notleidend sein. Der Leiter des nationalen Wiederaufbauprogramms Panfilo Lacson wiederum behauptete, es gehe ihnen nur darum, die Regierung zu destabilisieren.

### **IBON fordert eine „Pro-People Reconstruction“. Welche Prinzipien liegen diesem Vorschlag zugrunde?**

Die Hilfe muss auf bestehende Gemeindebasisorganisationen als echte und wichtigste

Entwicklungsakteure bauen. Sie sind nicht nur wohltätige Dienstleister, sondern die Hauptakteure für Partizipation, Solidarität und Empowerment. Ihre Fähigkeiten müssen gestärkt, ihr Streben für Entwicklung unterstützt und ihre Vorstellungen und Wünsche respektiert werden. Die Hilfe muss außerdem die Probleme der mehrheitlich Marginalisierten und sozial Verwundbaren anpacken. Das bedeutet nicht einfach, die vorherige Situation der Ungleichheit wiederherzustellen oder oberflächliche Verbesserungen zu erzielen, sondern eine tiefgreifende Änderung der sozioökonomischen und politischen Strukturen. Eine Hilfe, die bestehende Ungerechtigkeiten reproduziert oder verstärkt, ist keine. Wir brauchen also einen strategischen Rahmenplan, der die aktuelle Notsituation berücksichtigt, aber auch den langfristigen Bedarf an Land, Zugang zu Ressourcen, Existenzsicherung und Selbstbestimmung.

Das Interview führte Bernd Eichner.

**medico unterstützt die Selbstorganisationsprozesse der Taifun-Betroffenen in der „People Surge“-Bewegung und ein umfassendes Wiederaufbauprogramm mit ganzheitlichem Ansatz seines philippinischen Nothilfepartners SOS. Gemeinsam mit den örtlichen Basisorganisationen sollen in acht Dörfern die kleinbäuerliche Landwirtschaft, Fischerei und Basisgesundheitsstrukturen wieder aufgebaut werden.**

**Spendenstichwort: Philippinen.**



Ob in Israel oder in Palästina: Feuer und Licht sind universelle Symbole der Erinnerung, Trauer und Solidarität. Unterstützungsaktion für palästinensische Gefangene in Gaza-Stadt im Juni 2014.

# Besatzungsrecht mit doppelten Standards

## Israel/Palästina: Administrativhaft, Zwangsernährung und ein Verbrechen

Stellen Sie sich Folgendes vor: Sie werden von der Armee oder Polizei verhaftet. Tage vergehen, ohne dass sie einem Richter vorgeführt werden. Niemand beantwortet Ihre Frage, was Ihnen vorgeworfen wird. Die Antwort ist auch nach Wochen oder Monaten immer die gleiche: Aus Sicherheitsgründen können wir Ihnen das nicht sagen. Das ist kein Stück von Franz Kafka, sondern die Methode der „Administrativhaft“ in Israel. Bei ihr gibt es keine Anklage und kein ordentliches Gerichtsverfahren. Da der Gefangene nichts erfährt, kann er sich auch nicht verteidigen. Die Administrativhäftlinge sind dem regulären Rechtssystem Israels entzogen und den Militärgerichten der Besatzung unterworfen, sozusagen eine israelische Variante der „Guantanamoisierung“ des Rechts. Ein Kommandeur kann sechs Monate Administrativhaft verfügen, wenn er „vernünftige Gründe hat, zu glauben, dass es die regionale oder öffentliche Sicherheit erfordert, dass eine bestimmte Person festgesetzt wird“.

Im April 2014 gingen 90 palästinensische Administrativhäftlinge in einen Hungerstreik, dem sich kurzzeitig sogar 500 weitere Gefangene anschlossen. Die Gefangenen forderten einen fairen Prozess, der rechtsstaatlichen Normen entspricht. Kurzzeitig wurde wieder deutlich, dass es im demokratischen Israel zweierlei

Recht gibt. Ein gutes Recht für Israelis, wobei es für jüdische Israelis oftmals besser ausgelegt wird als für arabische Staatsbürger, aber vor allem auch ein Besatzungsrecht, das dazu dient, die in der Westbank lebende palästinensische Bevölkerung zu kontrollieren – und bei Bedarf zu kujonieren. Die Gefangenen hungerten, bis einige von ihnen ins Krankenhaus kamen. Die Regierung wollte ihre Zwangsernährung legalisieren – gegen Widerstand in der Knesset, gegen die Israelische Medizinische Gesellschaft, gegen die demokratische Zivilgesellschaft wie etwa die medico-Partner Ärzte für Menschenrechte und die arabische Menschenrechtsorganisation Adalah, deren Protestnote es immerhin auf die Titelseite der Tageszeitung Haaretz schaffte.

### Die Bluttat

Über all das wollte ich eigentlich berichten. Denn es ging nicht nur um ein paar Hundert Gefangene. Der Kampf gegen die Administrativhaft schien der besatzungsvergessenen israelischen Gesellschaft für einen Moment die Augen zu öffnen. Bis, ja, bis eine schreckliche Bluttat den Blick sofort wieder verschloss. Denn am 29. Juni 2014 wurden die Leichen der drei israelischen Jugendlichen, die zuvor in der

Nähe der Siedlung Gush Etzion in der Westbank entführt worden waren, nördlich von Hebron tot gefunden. Wer immer für die Tat verantwortlich war, der ermordete nicht nur drei jüdische Teenager, sondern hinterging auch technokratische palästinensische Übergangsregierung.

Seitdem durchkämmte das israelische Militär Nacht für Nacht die Häuser palästinensischer Dörfer, fünf Menschen wurden erschossen, Hunderte kamen in Administrativhaft. Für Ran Cohen vom medico-Partner Physicians for Human Rights (PHL-IL) ist es völlig offensichtlich: „Die Ermordung der drei Jugendlichen wird von der israelischen Regierung missbraucht, um Ziele zu verfolgen, die mit der Aufklärung der Entführung nichts zu tun haben. Es geht um die Zerschlagung der innerpalästinensischen Aussöhnung. Netanjahu wollte nie akzeptieren, was die internationale Gemeinschaft und selbst die USA gutgeheißen hatten.“

Heute ist der 2. Juli 2014. Beim Schreiben dieser Zeilen hat Israel bereits 34 Ziele im Gazastreifen bombardiert. Ein rechter Mob machte letzte Nacht im Zentrum von Jerusalem regelrecht Jagd auf Araber. Heute wurde die verkohlte Leiche eines arabischen Jugendlichen gefunden. In der Nacht zuvor war der 16-jährige Teenager in Jerusalem in ein Auto gezerrt worden. So grausam die vier Morde und die israelische Kollektivbestrafung auch sind, tatsächlich ist die drohende Gewissheit, dass danach alles so weitergehen wird wie vor den Morden, mindestens ebenso verstörend. Dieser Ausnahmezustand ist längst Normalität geworden, in der alle zu überleben gelernt haben.

Riad Othman



Der Luftschlag als Kollektivstrafe. Zerstörtes Wohnhaus in der Nähe von Hebron.

**Die israelischen und palästinensischen medico-Partner finden sich mit dem Ausnahmezustand nicht ab. Sie streiten für demokratische Werte überall zwischen Jordan und Mittelmeer, Bürger- und Menschenrechte für alle, die dort leben. Ob nun in Tel Aviv, Jerusalem, ob in Hebron oder Gaza-Stadt. Ein Land, gerne auch zwei Staaten – aber kein rechtloses Leben, kein Töten, keine Rache mehr.**

**Spendenstichwort: Israel/Palästina.**

# Demonstrationen sind nur ein erster Schritt

Brasilien: Interview mit Sozialforums-Gründer Chico Whitaker über Orte echter Demokratie

**Seit etwa einem Jahr gehen die Menschen überall in Brasiliens Großstädten auf die Straße. Erleben wir gerade den Auftakt zu einer neuen sozialen Bewegung oder wird all das nach der WM vorbei sein?**

Chico Whitaker: Die brasilianische Bevölkerung hat sehr lange unter der Unterdrückung der Diktatur gelitten. Erst seit knapp 30 Jahren leben wir in einer Demokratie. Doch die jungen Leute aus der Mittelschicht, die vor allem im Juni 2013 wirklich massenweise demonstriert haben, kennen die Repression, mit der ich aufgewachsen bin, gar nicht mehr. Sie sind einfach sehr unzufrieden mit der Regierung, mit der Unsicherheit und Kriminalität in den Städten, dem schlechten Gesundheits- und Bildungssystem oder dem Mangel an Wohnraum. Und sie haben keine Angst davor, ihrer Kritik Ausdruck zu verleihen. Besser gesagt: sie haben noch keine Angst. Denn wir sehen bereits, dass der Staat Schritt für Schritt wieder auf die alten Instrumente der Unterdrückung zurückgreift. Die brasilianischen Sicherheitskräfte und das Militär sind nie in der Demokratie angekommen. Ihre Methoden sind seit der Diktatur die gleichen geblieben. Leider hat in den aktuellen Demonstrationen der schwarze Block, der sich bei uns auch „Black Bloc“ nennt, der Polizei immer wieder zu einer gewissen Legitimierung in



Foto: Pär Kjellen

**Chico Whitaker, geboren 1931, kommt aus der brasilianischen katholischen Jugendbewegung, musste während der Militärdiktatur ins Exil und war enger Mitarbeiter der Befreiungstheologen und -pädagogen Dom Helder Camara und Paolo Freire. Er ist einer der Mitbegründer des Weltsozialforums, Träger des alternativen Nobelpreises und – unter anderem – Anti-Atom-Aktivist.**

der Öffentlichkeit verholten. Es sind eigentlich nur sehr wenige Demonstrantinnen und Demonstranten wirklich gewalttätig, aber die machen ganz gut auf sich aufmerksam und keiner kann sagen, wie viele von ihnen eigentlich Polizisten sind, die diese Bilder provozieren wollen. Meiner Meinung nach sind sowohl die staatlichen Repressionen als auch der schwarze

Block selbst zwei wichtige Gründe dafür, dass inzwischen weniger Menschen zu den Demonstrationen kommen. Die Protestbewegung wird sicherlich weitergehen, aber sie hat weder die Stärke noch die Massen der Juni-Demonstrationen von 2013 und mit der Zeit werden die Proteste wahrscheinlich abbröckeln.

**Kann diese Bewegung langfristig auf die gesellschaftlichen Entwicklungen Einfluss nehmen?**

Ich befürchte, dass sich Demonstrationen als Instrument der politischen Meinungsäußerung abnutzen. Die Leute gewöhnen sich daran. In São Paulo, zum Beispiel, wo ich lebe, wollen die Leute morgens vor allem wissen, wo es wieder Demos gibt, damit sie dort nicht im Stau stecken bleiben. Die Bewegung muss über diese Protestform hinausgehen. Demonstrationen sind ein erster Schritt, mit dem die Teilnehmenden ihre Unzufriedenheit mit der aktuellen Situation des Landes ausdrücken, aber das müsste an eine tiefergehende Politisierung gekoppelt werden. Um wirklich zu einer progressiven sozialen Bewegung zu wachsen, die auch länger anhält, fehlt das politische Bewusstsein. Das Bewusstsein, dass jeder und jede gleichzeitig Sklave und Komplize dieses Systems ist, das er oder sie kritisiert. Doch wir leben heute in einer Gesellschaft des Spektakels und des Konsums – und das gilt nicht nur für Brasilien. Die Menschen sind glücklich, wenn sie einfach nur am Konsum teilhaben können. Ein politisches Bewusstsein zu entwickeln, zu versuchen, eigenverantwortlich zu leben und nicht mehr einfach dem System zu gehorchen, das ist nicht leicht. Wir brauchen Orte und Prozesse, die diese Politisierung ermöglichen.

**Warum hat die neue Generation kein Vertrauen mehr in Parteien, Gewerkschaften oder Organisationen? Symbole und Flaggen organisierter Gruppen waren auf den Straßen und Plätzen in Rio de Janeiro genauso wenig erwünscht wie in Madrid oder New York.**

Das kann ich völlig nachvollziehen. Sie haben recht, den Organisationen zu misstrauen, denn die Mehrheit der Organisationen, die wir kennen, ist sehr hierarchisch. Sie wollen lieber, dass ihre Mitglieder auf Linie sind, als dass sie selbst kritisch denken. Deshalb brauchen wir neue Organisationsformen. Das ist auch eine Diskussion, die wir bei den Sozialforen führen. Zum ersten Weltsozialforum 2001 in Porto Alegre luden wir nur Delegierte von Organisationen ein. Unser Gedanke war, Organisationen zu stärken angesichts der massiven gesellschaftlichen Individualisierung, die der Neoliberalismus weltweit vorangetrieben hat. Organisationen sind wichtig in ihrer Funktion, Isolation zu überwinden. Das ist die Basis für jegliche Bewegung. Dennoch ist der Sozialforums-Prozess im Moment vor allem deshalb in einer Krise, weil vielerorts Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen versuchen, die Foren zu dominieren. Die Idee war eine andere: die Sozialforen sind als eine Methode gedacht, um echte Demokratie erfahrbar zu machen. Es sind Orte, an denen die Menschen zusammenkommen können, ohne Hierarchien diskutieren und Argumente austauschen, nicht um die Diskussion zu gewinnen, sondern um das bessere Argument zu finden. Orte, an denen neue Kontakte und Netzwerke geknüpft werden, in denen wir ohne Hierarchien für ein gemeinsames Ziel zusammenarbeiten. Vorgefertigte Erklärungen der Foren darf es nicht geben. Ich denke, dass demokratische Erfahrungen Voraussetzung für Politisierung sind und in diesem Sinne geben die Foren Raum für Politisierung – es besteht zumindest die Möglichkeit dazu. Doch natürlich sind sie nicht die einzigen. 2013 haben wir gesehen, dass in einigen Städten Brasiliens Asambleas, also öffentliche Versammlungen, einberufen wurden, bei denen die Aktivistinnen und Aktivisten sehr ähnliche Methoden wie bei den Sozialforen anwendeten. Das Gleiche gilt für New York oder Madrid. Wir können viel voneinander lernen.



Foto: Reuters

Länger als jeder Ball rollen wird: Proteste in Brasilien gegen Korruption und hohe Preise.

Und wir müssen dazulernen, wenn wir diese Proteste stärken und als soziale Bewegungen wachsen wollen.

**Die brasilianische Rechte hat sehr schnell versucht über das Thema Korruption die Proteste für sich zu vereinnahmen. Gelingt es ihnen jetzt, während die Fußball-WM noch läuft, Punkte für die Präsidentschaftswahlen im November zu sammeln?**

Nein, es gelingt ihnen nicht. Allerdings beeindruckt mich das mediale Gewicht der Copa. Hier gibt es nur ein Thema im Fernsehen, auf den öffentlichen Plätzen, in den schönen Stadien – die WM. Vor allem solange Brasilien mitspielt. In endlosen Fernsehprogrammen werden dann auch noch alle Spiele durchleuchtet. Der kommunikative Raum ist voll davon. Für andere Themen gibt es fast keinen Platz. Nicht einmal für die anhaltende Kritik an der FIFA oder an der Regierung oder für die immer noch stattfin-

denden Demonstrationen dazu. Die Wiederwahl von Dilma hängt von anderen Faktoren ab.

Das Interview führte Monika Hufnagel.

medico unterstützt in Brasilien neben der Landlosenbewegung MST unter anderem eine lokale Bürgerinitiative im salvadorianischen Caetité, die sich mit den gravierenden Umweltschäden der dortigen offenen Uran-Förderung beschäftigt. Das brasilianische Atomprogramm, das auch starke militärische Aspekte hat, ist sehr umstritten. Ein Gewerkschafter aus der Uran-Mine, der offen die Umweltverletzungen und schlechten Arbeitsbedingungen angeklagt hatte, wurde mittlerweile entlassen. Es ist auch eine Auseinandersetzung um Demokratie.

**Spendenstichwort: Brasilien.**

# medico aktiv

## Unser Meer

Alternatives Alarmnetz will Flüchtlingskatastrophen verhindern

„Etwas Besseres als den Tod findest du überall“ ist nicht nur ein geflügeltes Wort aus einem grimmschen Märchen, sondern auch der Hoffnungssatz all jener, die in den letzten Monaten das europäische Migrationsregime überwinden wollten. Hunderte von Migranten überkletterten die Zäune der spanischen Enklaven in Marokko, gleichzeitig schafften es 60.000 Flüchtlinge im ersten Halbjahr 2014 über das Wasser von Libyen nach Italien – mehr als im gesamten Jahr zuvor. Hunderte aber fanden den Tod im Meer. Die italienische Regierung reagierte mit einem Marineeinsatz, zu stark war nach dem tödlichen Oktober 2013 die Kritik am Massensterben vor Lampedusa. Weil die Boatpeople nicht nach Libyen abschiebbar sind, wurde der Einsatz „Mare Nostrum“ (latein. „Unser Meer“) zum unfreiwilligen Rettungsprogramm. Militärs als Seenotretter in Massendimensionen. Erstmals wurde das Prinzip durchbrochen, dass mehr Überwachung mehr Tod bedeutet. Ein



– mit ungeheurem Leid – errungener Erfolg einer steten Bewegung der Migration, aber auch Konsequenz aus den nordafrikanischen Umbrüchen, die Europas alte Stabilitätsgaranten im Maghreb hinwegfegten. Und es muss weiter gerettet werden. Was sonst? Das transnationale Basisnetzwerk Watch The Med nutzt Wetter-, Telefon- sowie Überwachungsdaten, um die Menschenrechtsverletzungen auf See zu dokumentieren, und informiert in den Sprachen der Migration über die tödliche Gefahr einer Überfahrt. Die auch von medico geförderte Initiative wagt sich jetzt an den Aufbau eines alternativen Alarmnetzes – um jenen zu helfen, die auf der Flucht über das Meer in höchste Not geraten.

[www.watchthemed.net](http://www.watchthemed.net)

## Eine Million gebraucht Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA geplant

Beim Wasser hat es geklappt. Die Europäische Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht“ hat im vergangenen Jahr mit knapp zwei Millionen Unterschriften die drohende Liberalisierung der Wasserversorgung in der EU vorläufig verhindert. In Anlehnung an diesen Erfolg ist aktuell ein Bürgerbegehren gegen die geplanten Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und der USA (TTIP) sowie Kanada (CETA) in Vorbereitung. Initiator ist das Bündnis „TTIP – unfairhandelbar“, zu dem sich zahlreiche NGOs, darunter medico international, zusammengeschlossen haben. Bislang

hat das Bündnis mit Aktionen und Kampagnen gegen TTIP getrommelt und darüber aufgeklärt, dass eine transatlantische Partnerschaft ganz anders aussehen müsste als das, was mit TTIP und CETA droht (siehe Kommentar, Seiten 4 bis 7). Mit einer Europäischen Bürgerinitiative soll die EU-Kommission aufgefordert werden, die TTIP-Verhandlungen zu stoppen bzw. das CETA-Abkommen nicht abzuschließen. Werden mehr als eine Millionen Unterschriften gesammelt, kann die EU-Kommission zu einem Rechtsakt aufgefordert und eine Anhörung im Europäischen Parlament erzwungen werden. Im September 2014 soll die Unterschriftensammlung starten.

**[www.ttip-unfairhandelbar.de](http://www.ttip-unfairhandelbar.de)**

## Mehr als Medizin

Plattform für Globale Gesundheit  
legt Positionspapier vor

Im Sommer 2013 hat die deutsche Bundesregierung das Konzeptpapier „Globale Gesundheitspolitik gestalten – gemeinsam handeln – Verantwortung wahrnehmen“ veröffentlicht und sich damit zumindest pro forma der Herausforderung einer globalen Antwort auf die drängenden Gesundheitsfragen der Welt gestellt. Reicht das? Und geht es in die richtige Richtung? Die Deutsche Plattform für globale Gesundheit (DPGG), die 2012 von Sozialverbänden, nicht staatlichen Organisationen, Gewerkschaften und Wissenschaftlern gegründet wurde und in der auch medico international aktiv ist, hat sich intensiv mit den Vorschlägen auseinandergesetzt – und festgestellt, dass entscheidende gesundheitspolitische Probleme darin

nicht, nicht hinreichend oder gar fehlleitend adressiert werden. Die zentrale Kritik: Indem die Bundesregierung mit einem auf klinisch-medizinische Krankheitsbekämpfung verkürzten Gesundheitsbegriff operiert, bleiben die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen, die Menschen krank machen und ihre Gesundheit gefährden bzw. belasten, weitgehend ausgeblendet. Wie es anders gehen kann, zeigt die Plattform in ihrem jetzt veröffentlichten Positionspapier „Globale Gesundheitspolitik – für alle Menschen an jedem Ort“. Um die Diskussion fortzusetzen und nachhaltig in die Regierungsdebatten einzubringen, veranstaltet sie gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung am 25.9. in Berlin die öffentliche Fachtagung „Gesundheit! – Mehr als Medizin?“.

**Das Positionspapier und mehr Informationen  
zur Fachtagung unter [www.medico.de/dpgg](http://www.medico.de/dpgg)**



1



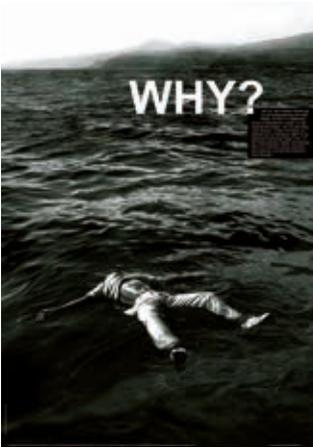
2



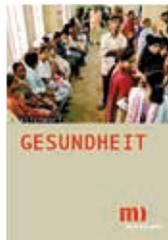
3



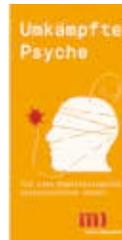
4



5



6



7



8

## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter [www.medico.de/material](http://www.medico.de/material) finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. [069] 944 38-0 zur Verfügung.**

**Materialliste:****1 medico-Jahresbericht 2013**

[44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.

**2 Stiftung medico international**

[16 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

**3 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft**

[24 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen inklusive weiterführender Adressen.

**4 Hilfe im Handgemenge**

[Faltblatt] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/ Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

**5 WHY? Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas**

[DIN A1] Das Plakat können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende sehr freuen. Spendenstichwort: Migration

**6 Stichwort Gesundheit**

[40 S. DIN A5] Das Sonderheft zur Weltgesundheit bleibt nicht bei der Beschreibung der Katastrophe stehen. medico zeigt Projekte der Abhilfe und beschreibt das Gesundheits-Netzwerk, in dem wir uns global und lokal bewegen.

**7 Umkämpfte Psyche**

[Faltblatt] In Zeiten des globalen Kapitalismus gerät die therapeutische und psychosoziale Arbeit unter den Druck von Standardisierung und Effizienzdenken. Eine Handreichung zu einer anderen emanzipatorischen Haltung und Praxis. Natürlich kostenlos.

**8 Unterstützung für ein demokratisches Experiment**

[Faltblatt] Syrien braucht jetzt Frieden und Demokratie. Die kurdischen Gebiete in Syrien brauchen heute unsere Anerkennung und Solidarität. Unterstützen Sie die humanitäre Nothilfe für die kurdisch-syrische Region Rojava. Bestellen, verteilen & spenden: Wir schicken Ihnen gerne unseren Aufruf zu.

**Ich bestelle:**

- \_\_\_\_\_ **medico Jahresbericht 2013**  
 \_\_\_\_\_ **Broschüre: stiftung medico international**  
 \_\_\_\_\_ **Broschüre zu Testament und Erbschaft**  
 \_\_\_\_\_ **Faltblatt: Hilfe im Handgemenge**  
 \_\_\_\_\_ **Plakat: WHY? DIN A1**  
 \_\_\_\_\_ **medico Stichwort: Gesundheit**  
 \_\_\_\_\_ **Faltblatt: Umkämpfte Psyche**  
 \_\_\_\_\_ **Faltblatt: Unterstützung für Rojava**  
 \_\_\_\_\_ **Abonnement medico-Rundschreiben vier Hefte/Jahr**

Anzahl \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

Meine Spendennummer \_\_\_\_\_

**Ich möchte:**

- kostenlose Materialien bestellen**  
 **dass einmalig für diese Bestellung eine Spende in Höhe von \_\_\_\_\_ € von meinem Bankkonto abgebucht wird.**

IBAN/KTO \_\_\_\_\_

BANK \_\_\_\_\_

BIC/BLZ \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an**  
**medico international**  
**Burgstraße 106**

**D-60389 Frankfurt am Main**

**oder faxen an [069] 43 60 02**



# Spendeninformation

**Die Hilfe, die medico im weltweiten Handgemenge leistet, braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen.**

**Spenden und Schenken** – Sie können die Arbeit von medico durch Spenden unterstützen. Freie Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Projektpartner hierdurch unabhängig arbeiten und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Projektland oder Thema als Stichwort versehen. Dann verwenden wir Ihren Beitrag ausschließlich für entsprechende Projekte. Nutzen Sie auch Anlässe wie Geburtstage, Hochzeiten und andere Feste und unterstützen Sie medico! Sie können selbst eine Spende verschenken oder sich Spenden statt Geschenken wünschen.

**Fördermitgliedschaft** – Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen medico, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen und sichern die Unabhängigkeit unserer Ar-

beit. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro.

**Spendenquittung** – medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung. Haben Sie mehr als einmal im Jahr gespendet oder spenden Sie regelmäßig, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

**Spendenkonto** – medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, BIC: HELADEF1822, IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00



**Zustiftungen** – Die Stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens Projekte von medico. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: Es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

**Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter.**

**Claire Tillmann und Marek Arlt**

Allgemeine Anfragen, Tel.: (069) 944 38-0 | E-Mail: info@medico.de

**Gudrun Kortas**

Beratung zu Spendenaktionen für einzelne Projekte, Zustiftungen oder Testamentsspenden, Tel.: (069) 944 38-28 | E-Mail: kortas@medico.de

**Claire Tillmann**

Beratung zur Fördermitgliedschaft und Spenden zu einem Jubiläum, Geburtstag, Trauerfall o.ä. Tel.: (069) 944 38-0 | E-Mail: tillmann@medico.de

**Eine Bitte:** Informieren Sie uns, wenn sich Ihre Adresse oder Bankverbindung ändert, unter Nennung Ihrer alten Anschrift. So bleiben wir in Verbindung.

**Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit Ihrer Solidarität unterstützen.**

[www.medico.de/spenden](http://www.medico.de/spenden)

## Impressum

### Herausgeber:

medico international

Burgstraße 106

D-60389 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002

E-Mail: info@medico.de

Homepage: [www.medico.de](http://www.medico.de)

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),  
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp, Christian Sälzer  
Korrektur: Marek Arlt  
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

---

# INNENANSICHTEN AUS SYRIEN



Texte und Fotografien von: Dara Abdallah Raafat Alzakout Mohammad Al Attar Yassin Al Haj Saleh Kheder Alaga Mohammad Al-Matrud Ali Atassi Mamdoh Azzam Tammam Azzam Khatib Badle Petra Becker Larissa Bender Andreas Büniger Raed Fares Fawwaz Haddad Abd Hakwati Ziad Homsî Haitham Hussein Zuhar Jazmati Omar Kaddour Ines Kappert Nour Kelze Khaled Khalifa Taha Khalil Christin Lüttich Monzer Masri Amer Matar Orwa Nyrabia Martina Sabra Ghada Salim Salma Salim Nihad Siris Friederike Stolleis Carsten Stormer Khalil Sweilih Raed Wahsh Dima Wannous Rosa Yassin Hassan Samar Yazbek Huda Zein

Herausgegeben von Larissa Bender

editionfaust  
5

»Wir verschieben jedes Gespräch über die Zukunft des Landes auf eine Zeit, die irgendwann später kommen wird. Wir sind sicher, dass sie kommt, aber wir sind nicht sicher, dass wir überleben und sie mit eigenen Augen sehen und erleben werden.« Khaled Khalifa [Schriftsteller, Damaskus]

Literatur, Theater, Fotografie und Bürgerjournalismus: Essays und Betrachtungen aus einem kulturellen Aufbruch inmitten des Kriegsgeschehens. Mit Unterstützung von medico international. Erscheint im August 2014. ISBN 978-3-9815893-7-5

„Mit der solidarischen Unterstützung, die medico den Partnerorganisationen im Süden zukommen lässt, wollen wir Prozesse der Veränderung fördern. Veränderungen, die weltweit von Menschen eingeklagt und in vielen selbstbestimmten Projekten bereits gelebt werden.“

Aus dem Vorwort.



**NEU: Jahresbericht 2013. Die medico-Gesamtschau.**

Nothilfe: Ein demokratisches Experiment in Syrisch-Kurdistan. Gesundheit: Welt-Gesundheitspolitik beginnt zu Hause. Menschenrechte: Textilproduktion in Bangladesch und Pakistan. medico vor Ort: Alle weltweiten Partner und Projekte. Transparenz: detaillierter Finanzbericht u.v.m.

44 Seiten, kostenlos. Tel. [069] 944 38-0, [info@medico.de](mailto:info@medico.de)



**medico international**